

Bergarbeiter-Zeitung

verbunden mit

Glad-Mus.

Abonnementspreis 50 Pfg. pro Monat, 1,50 Mk. pro Quartal.
Durch die Post pro Monat 1,50 Mark; pro Quartal 4,50 Mark.
Einzelne Nummern 1 Mark.

Verlags- und Versammlungs-Anzeigen kosten die siebenfachen Preise, im redaktionellen Teil 1 Mk. Geschäftsanzeigen, werden nach Erlebigung der laufenden Aufträge nicht mehr aufgenommen.

Organ zur Förderung der Interessen der Bergarbeiter und verwandten Berufe.

Unverlangt eingelegene Manuskripte werden nicht zurückgeschickt. Bei Abdruck unserer Originalartikel bitten wir um Quellenangabe.

Verantwortlich für die Redaktion: **Franz Polorny, Bodum.**
Druck u. Verlag von **Hausmann & Co., Bodum, Wiemelhauserstr. 42.**

Es wird keine Garantie dafür übernommen, daß Inserate an einem bestimmten Platz, Tage oder überhaupt zur Aufnahme gelangen.

Zum englischen Bergarbeiterfieg.

Sieg, Sieg im stolzen England, Sieg
Der Bergarbeiterschaft!
Gebannet ist der schlimme Krieg
Durch Bergarbeiterkraft. —

Schlagfertig stand das Bruderheer
Den Schotten treu zur Seite, —
Es galt der Macht, es galt der Ehr',
Dem Frieden wie dem Streit. —

Nun hat's zum Guten sich gewandt,
Gebannet ist der Krieg,
Das Knappenheer von England
Erzwang der Friedensfieg. —

O wär' auch Deutschland erst so weit
Mit seiner Bergmanneschar,
Daß sie geeint in Kampf und Streit,
Daß sie des Haders bar. —

Du deutscher Knapp', nach England schau',
Dem stolzen Inselfand,
Mach's deinen Brüdern nach genau —
Hinein in den Verband! — H. K.

Konservativen und Polen stimmte den Vorschlag der Regierung, die Zuckersteuer um 85 Millionen Mark zu ermäßigen, nieder! Es drückte obendrein noch einen erhöhten Kaffee- und Teezoll durch, der 35 Millionen Mark bringen soll. Alle seine früheren „Grundsätze“ warf das Zentrum über den Haufen. Die Volksausplünderung mußte eine gründliche sein. Nur so glaubte das Zentrum die bestehende Klasse, die Junker und Junkerengenossen, vor Steuerbelastungen möglichst zu bewahren.

Der Landwirtschaftliche Verein in Waltersdorf hielt im Jahre 1908 ein Fest ab, wo zur Geyßung des Vergütigens folgendes Lied gesungen wurde:

Wir können uns den schönen Tag
Schon leisten ohne Not.
Denn um der Landwirtschaft zu nützen,
Tat man sie „oben“ mehrfach schliken,
Damit recht teuer das Brot.

Wir werden deshalb heute nur
An Fleisch uns essen laßt,
Wir wollen sicher nicht vergessen,
Daß Brot nur von denen wird gegessen,
Wer kein Vieh im Stalle hat.

Es soll die edle Landwirtschaft
Stets blühen und gedeih'n,
Es muß ein jeder danach streben,
Den Preis der Produkte zu heben,
Dann bringt sie auch etwas noch ein.

Wenn hundert Mark der Scheffel Korn,
Die Müller eine Zehnt',
Wenn Gold man zahlt für Milch und Eier,
Daß Schlachtvieh dreimal so „teuer“,
Dann sind wir erst richtig belohnt.“

Diese blutige Verhöhnung der Arbeiter mag jetzt aufgeschrikt werden; jetzt, wo eine kolossale Teuerung der Lebensmittel die Lebenshaltung der Arbeiter auf einen Stand herabdrückt, der kaum mehr auszuhalten ist. Den Junkern und Großbauern wurde durch die Fallgesetzgebung im Jahre 1902 jährlich viele Hundert Millionen Mark in den Schoß geworfen. Als Lohn trifft die Arbeitern Lohn und Spott!

Der letzte „Bergknappe“ (Nr. 84 vom 21. August) bekundet auf Seite 8 seine „Neutralität“ dadurch, daß er sich mit der „Essener Arbeiterzeitung“ in politische Wahlrechtsfragen einläßt. Wie es scheint, wird in nächster Zeit das Zentrum auch in der Frage des allgemeinen gleichen und geheimen Wahlrechts eine gründliche Schwankung vornehmen. Artikel in der Zentrums-„Germania“ lassen es wahrscheinlich werden. Und da fühlt sich der „Bergknappe“ gleich mit und er betreibt die notwendigen Vorarbeiten für das Zentrum d. h. die Einseitigkeit der christlichen Arbeiter. Dann befaßt sich der letzte „Bergknappe“ auch mit der Frage der Getreidepreise und dem Brotwucher. Endlich! Über der „Bergknappe“ hat auch hier seine besonderen Wege. Er wendet sich, ganz von seiner Mission beherrschet, gegen die sozialdemokratischen Agitatoren, die „schauderhafte Unfug“ mit dem Schlagwort Brotwucher trieben!!! Der „Bergknappe“ gibt nicht zu, daß die gestiegenen Getreidepreise eine Einwirkung auf die Brotpreise haben. Und das christliche Organ beruft sich auf Calver, weil dieser bezüglich der Wirkung der hohen Getreidepreise auf die Brotpreise nicht einzelne Beobachtungen verallgemeinert wissen will. Flugs kommt der „Bergknappe“ her und erklärt, daß es der „schauderhafte Unfug“ sei, die hohen Brotpreise auf die hohen Getreidepreise zurückzuführen! Nicht lange wird es dauern und der „Bergknappe“ wird sich klarer ausdrücken. Er wird noch zu dem Ergebnis gelangen, daß die Lebensmittelteuerung der letzten Jahre überhaupt nur noch in der Phantastie der Arbeiter vorhanden ist und wo die Verteuerung wirklich vorhanden, sie auf die Agitation der Sozialdemokratie zurückzuführen ist! (Methode Stegerwald). Statt als Arbeiterorgan sich einmal gründlich mit der brennendsten Wirtschaftsfrage unserer Zeit, der gegenwärtigen Teuerung, mit den neuen Steuern usw. zu beschäftigen, sucht der „Bergknappe“ die Spuren der Ursachen der Teuerung zu verdrängen. Wie verallgemeinern nichts, wenn wir behaupten, die hohen Brot- und Fleischpreise der letzten Jahre sind in der Hauptsache eine Folge der Wirtschafts- und Zollpolitik der letzten Jahre in Deutschland. Daß mit der Steigerung der Großhandelspreise die Detailspreise gewöhnlich eine noch größere Steigerung erfahren, ist eine Tatsache, die nicht erst nachgewiesen zu werden braucht, die Konsumenten, die Arbeiter bluten darunter. Für die letztere Tatsache hat selbstverständlich der „Bergknappe“ kein Wort der Beurteilung. Befasste er sich mit der Teuerung und ihrer Ursache, mit dem Aufkommen neuer Steuern und Zölle, so hätte er ja seine „neutralen Prinzipien“ ausgegeben! Der „Bergknappe“ gibt seine Neutralität aber nur dann auf, wenn es gilt, die Teuerung, die Folgen der Zölle, Steuer- und Wirtschaftspolitik im Interesse der Zentrums-Partei zu vertuschen und zu verbunkeln. Die Leser des „Bergknappen“ lassen sich das ja ruhig gefallen, warum sollte der „Bergknappe“ also eine andere Haltung einnehmen als den Volksausplünderern Schmeleze zu stehen!

Wie steht es aber mit der Einwirkung der Großhandelspreise auf die Detailspreise? Vor wenigen Wochen veröffentlichte Herr Dr. S. Guradze in den Contrab'schen Jahrbüchern für Nationalökonomie und Statistik einen Artikel, der uns auf obige Frage Antwort gibt. Und zwar an der Hand der Berliner Mehl- und Brotpreise. Ermittelt sind die nachstehend verzeichneten Brotpreise von dem Statistischen Amt der Stadt Berlin, die Mehl- und Getreidepreise durch die Kaufmannschaft. Es gestatteten sich in Berlin die Brot-, Mehl- und Getreidepreise pro 100 Kilo in Mark wie folgt:

	1900	1908
1. Roggenbrot	24,21	31,78
2. Roggenmehl Nr. 0/1	19,87	28,77
3. Roggen von guter Durchschnittsbeschaffenheit	14,70	18,05
4. Weizenmehl	41,70	53,22
5. Weizenmehl 00	22,—	28,04
6. Weizen von guter Durchschnittsbeschaffenheit	15,53	21,12

So, hier haben wir die Großhandelspreise für das Getreide. Der Einfluß dieser Preise auf das Brotgewicht äußerte sich wie folgt:

	Roggenbrotpreis pro 100 Kilo	Gewicht des 60 Pfg.-Brottes
1880	20,80 Mk.	2,40 Kilo
1900	28,98 „	2,00 „
1905	24,80 „	2,08 „
1906	27,06 „	1,85 „
1907	30,82 „	1,62 „
1908	31,78 „	1,57 „

1880 erhielt man für 60 Pfg. ein fast 25 Proz. schwereres Brot als 1908!

Und das ist bis jetzt eher schlimmer als besser geworden. Was für Verlin gilt, gilt auch für uns im Ruhrbezirk und anderswo. Und nun sage uns der „Bergknappe“, wo Calver den Einfluß der Großhandelspreise auf die Detailspreise oder Warengewicht, abgestritten hat? Calver ersucht hier und da vom Verallgemeinern abzusehen, der „Bergknappe“ aber kommt her und willigt das, was nichts, aus, um den Brotwucherern und Volksausplünderern bezusprechen.

Wenn die „sozialistische Volkszeitung“ die Massenausplünderung und den Volksbetrug mit einem Gott sei Dank! bekräftigte, wie soll da der „Bergknappe“ zu einer gegenteiligen Auffassung kommen? Das anzunehmen wäre vom „Bergknappen“ zu viel verlangt.

In der Nr. 180 d. Z. des in Kreuznach erscheinenden zentralmilitärischen „Öffentlichen Anzeigers“ bekämpfte ein frommer Agrarier die Größtgeschäftssteuer wie folgt:

„Für die Arbeiter ist gesorgt worden, man hat Gesetze geschaffen, baut sie sich nur ja in ein warmes Bett legen können, wenn sie krank und arbeitsunfähig sind; aber für größere Landwirte, die es durch Fleiß zu etwas gebracht haben, hat man kein Herz, denn nimmt man in der schwersten Stunde ihres Lebens auch noch eine zehnfache Steuer ab. Warum schafft man denn, wenn man das Geld braucht, nicht die überflüssigen sozialen Gesetze ab? Wer sich nicht selbst erhalten kann, mag untergehen! Wir wollen keinen sozialen Arbeiterstaat, sondern einen Agrarstaat mit der von Gott gewollten Gesellschaftsordnung, in der nicht Ansprüche zu Herr werden und die Herren mehr für die Knechte tun, als für sich selbst.“

Ist diese Anschauung des „Bergknappen“ vielleicht gefälliger als unser Kampf gegen die Arbeiterverwucherung? Wenn nicht, warum schweigt er zu all solcher Arbeiterverwucherung?

Jahresbericht des Vereins für bergbauliche Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Für das Jahr 1908 ist der erste (allgemeine) Teil des Jahresberichts obengenannten Vereins erschienen. Eine ganze Reihe von Kapiteln aus diesem Bericht dürften auch unsere Leser interessieren. Unter „Allgemeines“ bezieht sich der Bericht die Katastrophe der Katastrophe, wie auch die neuere Berggesetzgebung. Der Bericht ist der Meinung, daß der Herd der Katastrophe wie auch die Veranlassung des furchtbaren Unglücks nunmehr wohl kaum noch festgestellt werden können. Die Strecken dürften — vornehmlich auf der dritten Sohle, wo im südlichen Teile der Herd der Katastrophe gesucht werden kann — infolge der Einwirkung des ausgegangenen Wassers zusammengequollen sein! In die verschiedenen Reviere bzw. Abteilungen wird man also nur durch Aufwachen von neuen Strecken gelangen können. Es ist nicht einmal anzunehmen, ob überhaupt alle Lagen geborgen werden können. Trotzdem lassen wir die Hoffnung nicht fahren, daß doch noch volle Aufklärung über das Entstehen des graußigen Unglücks kommen wird. Bis dahin genügen die Feststellungen, die wir seltenerzeit über den Zustand der Gänge, sowie über die verschiedenen Verhältnisse, die einen Einfluß auf solche Katastrophen ausüben, veröffentlicht haben und die sich bekanntlich zu schweren Anklagen gegen die Behördenverwaltung verdichteten.

Was der Bericht über gewisse sensationelle Mitteilungen der Presse über das Waffenschloß, über Mitteilungen von technischen Unmöglichkeiten, Ueberreibungen und Lügen sagt, kann uns nicht treffen. Auch wir haben oft genug von Kopf geschüttelt, wenn selbst Organe im Ruhrbezirk allerhand Unmöglichkeiten das Wort redeten. Nicht nur dem „Tag“ erging es so.

Wir haben uns damals eingehend mit Dürstheit von Bergarbeitern in mehreren Konferenzen über den Grubenzustand vor der Katastrophe ausgesprochen und dann der Öffentlichkeit von dem Ergebnis dieser Konferenzen das mitgeteilt, was zur Aufklärung über die Ursachen des Waffenschloßes dienen könnte. Es ist nachträglich jeder Versuch möglich, unsere Darstellungen zu entkräften. Wir hatten aus der Quelle geschöpft und die Lehre dann gezogen, daß bei einer gründlichen und zuverlässigen Kontrolle der Grube diese Katastrophe nicht hätte eintreten können. Selbstverständlich erhoben wir auf Grund unserer Ermittlungen verkräft die Forderung auf Einführung von Arbeiterkontrollleuten. Im Bericht wird nun der Regierung der Vorwurf gemacht, daß sie dem Ruf der Bergarbeiter nach Einführung der Arbeiterkontrollleute zu feil und überhaupt Rechnung getreten habe. Und zum Beweis hierfür weist der Bericht auf die schwere Stellungnahme der Regierung in dieser Frage, auf die Stellungnahme der Bergwerksbesitzer, sowie auf den heillosen „vorzüglich arbeitenden Apparat“ der Bergwerkskontrolle hin.

Zufame Volksbetrüger.

(Weitere lehrreiche Ausgrabungen.)
Im Jahre 1908 gab der Volksverein für das katholische Deutschland, die bekannte Agitationsstelle für das Zentrum, ein Flugblatt heraus, heftig: „Das Zentrum und die indirekten Steuern.“ Das Flugblatt war bestimmt zur Einwirkung auf die Arbeiter für die bevorstehende Wahl zum Reichstag. Die sozialdemokratischen Agitatoren, die den großen, durch den Zolltarif verübten Raubzug dazu benutzte, die katholischen Arbeiter über die Volksfreundlichkeit des Zentrums aufzuklären. Die W. Glabbacher Zentrumsagitatoren versuchten barzutun, wie unschuldig die schwarze Partei an der Erhöhung der indirekten Steuern sei, wie sie im Gegenteil immer Anlieht gewesen sei, einer Vermehrung der indirekten Lasten vorzubeugen. Wir lesen da:

Zabaksteuer. „Das Zentrum hat bei Gelegenheit der Verteilung der Zabaksteuer in den Jahren 1893/94 und 1894/95, die ihm die heftigsten Angriffe seitens der liberal-konservativen Parteien entgegen, gezeigt, daß es die Interessen der weiten Volkskreise zu wahren weiß, ohne Rücksicht auf Kunst oder Mißgunst von oben. Die Verteilung der Zabakfabriksteuer seitens der Zentrums-Partei erfolgte übrigens nicht nur wegen der daraus resultierenden Belastung der ärmeren Volksklassen, sondern ganz besonders auch, weil durch die Verteuerung der Zabakfabrikate eine erhebliche Minderung des Verbrauchs zu erwarten stand und dadurch viele Tausende der in der Zabakindustrie beschäftigten Arbeiter ihre Existenz verloren hätten.“

Biersteuer. „An Versuchen, die Brausteuer zu erhöhen, hat es nicht gefehlt; die ablehnende Haltung aber, die gerade die Zentrums-Partei diesen Projekten gegenüber eingenommen hat, war dafür entscheidend, daß aus denselben nichts geworden ist.“

Braunweinsteuer. „Es ist unbestreitbar, daß der Braunweinsteuergesetz in der städtischen Arbeiterbevölkerung seit etwa 15 Jahren ganz erheblich in der Höhe der Steuer und aus der Statistik von Städten, die noch eine Braunweinsteuer führen, läßt sich der Beweis erbringen, daß der Braunweinverbrauch daselbst im Jahre 1901 gegen 1888 um fast 70 Proz. abgenommen hat. Der Verbrauch der Arbeiter hat sich mehr dem gesünderen, nährhaften, billigeren Bierreinigen gewendet, was als ein Segen für dieselben zu betrachten und der Zentrums-Partei von jeher ein Grund gewesen ist, gegen eine höhere Biersteuer einzutreten.“

Zuckersteuer. „Das Zentrum hat wiederholt beantragt, die Zuckersteuer weiter herabzusetzen, die Sozialdemokraten haben jedoch im Verein mit den orthodoxen Junkern und den Liberalen eine solche gerechtere Verteilung der Steuerlast über verhindert und auch bei dieser Gelegenheit wieder gezeigt, daß sie stets dem Kapitalismus die Steigbügel halten.“

Kaffeezoll. „Im Jahre 1887 stimmte das Zentrum mit der linken Seite des Reichstages für die gänzliche Aufhebung des Kaffeezolls, leider vergeblich, die gewöhnliche Kartellmajorität des Septennatreichstages brachte diesen Antrag zu Fall.“

Teerzoll. „Bei der Neuregelung des Zolltarifs (1902) wurde der Zoll für Teer und Kato, welche beiden Getränke sich in Deutschland immer mehr einbürgern und welche in ganz besonderem Maße geeignet sind, den verderblichen Alkoholen einzugewöhnen, auf Anregung und unter einflußreicher Zustimmung des Zentrums sehr wesentlich ermäßigt.“

Bei der großen Volksausplünderung im Jahre 1908 wollte das Zentrum nicht zurückbleiben. Es kam her, beschloß mit den Konservativen und Polen 45 Millionen Mark neue Zabaksteuer, 100 Millionen Mark neue Biersteuer, 80 Millionen Mark neue Braunweinsteuer. Das Zentrum mit den

Dann geht der Bericht zur Kritik des Gesetzes über die Sicherheitsmänner selbst über, wo der Gedanke dann zum Ausdruck gelangt, daß die Sicherheitsmänner nicht in der Lage sein werden, eine größere Sicherheit der Grube zu gewährleisten. Mehr, ausgeprochen wird, daß sie noch zur Vermehrung der Unfälle beitragen werden. Solche Meinungen entspringen natürlich dem Haß gegen die Arbeiterkontrollure und sind demnach auch zu bewerten. Richtig ist, die Sicherheitsmänner, wie sie im Gesetz vorgesehen sind, werden nicht das sein, was die Bergarbeiter zu ihrer Sicherheit verlangen können. Immerhin dürfte sich die Einrichtung dahingehend bewähren, als das bloße Vorhandensein von Sicherheitsmännern Beamte wie Grubenverwaltung zwingt, sich um die Zustände in der Grube mehr als bisher zu kümmern, um unlesbaren Eintragungen und eventuellen Kritiken aus dem Wege zu gehen. Und es wird an der Person des Sicherheitsmannes wie an dem Interesse der Bergarbeiter zu der Einrichtung der Sicherheitsmänner mit liegen, um vielen Gefahren der Grube vorzubeugen und sie zu beseitigen. Und die kommenden Statistiken der Unfälle im Bergbau wie die Erfahrungen bezüglich der Durchführung des Gesetzes werden zeigen, daß es den Bergwerksbestizern mit ihren Kassandrasen nur darauf ankam und heute noch ankommt, das verhasste System der Arbeiterkontrollure zu misshandeln. Warte man doch ab, was wird! Wir haben schon oft genug gesagt, daß der Inhalt bezw. die Vorschriften des Gesetzes die Sicherheitsmänner betreffend uns nicht begeistern können, daß wir nicht die größten Hoffnungen an sie knüpfen. Was aber gesehen kann, um das Gesetz zur Sicherheit der Bergarbeiter zur Geltung zu bringen, das soll unsererseits geschehen mit oder ohne Willen der Grubenbestizern, die in dem Jahresbericht in verschleierte Form ihren Widerwillen gegen jede Reform ausdrücken, so wie sie es offener auf ihrer Konferenz im Palasthotel in Berlin am 6. Februar getan haben.

Bezüglich der Arbeiterausschüsse werden im Bericht gleichfalls die schwersten Bedenken ausgesprochen. Vor allen Dingen wendet sich der Bericht gegen die erweiterten Befugnisse des Arbeiterausschusses, als sich dieser auch mit den Wohlfahrts-einrichtungen auf den Bergwerken zu beschäftigen hat. Die Organisationen der Bergarbeiter werden sich der Wohlfahrts-einrichtungen, besonders der Familienkassen, die freiwillig von den Bergwerksbestizern eingeführt, zu bemächtigen wissen und sie werden, so sagt der Bericht, „ohne die eigene Parteikasse zu belasten, den Mitgliedern der Organisation leicht den billigen Beweis erbringen können, daß die Fürsorge für die Familienangehörigen sich jetzt in bester Hand befindet.“ Wie weit muß der Haß gegen jede Mitwirkung von Arbeitern zu irgend einer Einrichtung gediehen sein, ehe man zu einer solchen frivolen, durch nichts bewiesenen Beschimpfung der Arbeiter ansetzt. Und der Schreiber des Berichtes wie seine Auftraggeber gehören zu den Leuten, die sich nicht genug des „vornehmen Toncs“ rühmen können.

Der preussischen Regierung wird dann noch gesagt, daß sie sich hoffentlich nicht der Täuschung hingibt, mit der neuen Bergarbeiterschutznobelle ein wichtiges soziales Werk geschaffen und den Frieden zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern gefördert zu haben, weil auch die dem Zentrum angehörenden Arbeitsekretäre und Arbeitervertreter sich für seine Annahme ausgesprochen haben. Dann weist der Bericht noch übersichtlich auf Gesessene bekannte Rede in Hannover hin, wo dieser einen Kampf prophezeite, wie ihn die Welt noch nicht gesehen hätte. Effert und seine Kollegen kommen hier in einen schweren Verdacht, den sie gewiß nicht vorausgesehen haben. Also auch sie sind Friedensstörer, ob sie wollen oder nicht, trotz allen Friedensbetreibungen, allein Scharwenzeln und allen Ministerdeputationen usw.

Im Grunde genommen zeigt uns der Bericht, daß die Grubenbestizern auch jetzt noch, nach Annahme des Gesetzes, nicht daran denken, sich mit dem Gesetz weder abzufinden noch auszuföhnen. Wenn es später zu Reibereien zwischen Grubenverwaltung und Arbeitern kommen sollte, dann mag man nicht aus dem Auge lassen, mit welcher Bosheit, Voreingenommenheit und Antipathie die Grubenbestizern der Institution der Arbeiterkontrolle gegenüberstehen. Die „politischen Experimente“ mit dieser Institution, die man uns zum Vorwurf machen möchte, liegen ganz auf Seite der Grubenbestizern. Bei uns ist noch vorherrschend, was wir sachliche Erwägungen nennen, wozu uns der Selbsterhaltungstrieb zwingt, die Erhaltung von Leben und Gesundheit der Arbeiter. Den Werksbestizern ist jede Mitteilung der Arbeiter, selbst wo es sich um Lebensschutz handelt, ein Grauel. Diese Meinung wird auch wieder in dem Bericht vertreten, was wir uns merken wollen.

Daß der Bericht die anderen Bestimmungen der neuen Berggesetznovelle, die Regelung der bergpolizeilichen Verantwortung der Betriebsbeamten, die Erteilung und Entziehung der Beamtensqualifikation, die Bergbaudeputation betreffend, gleichfalls abfällig beurteilt, versteht sich am Rande.

Der Bericht befaßt sich in genanntem Kapitel dann noch mit der neuen Steigerorganisation. Man habe der Entwicklung des Steigerverbandes mit Ruhe entgegenzugehen und sich auf die Vereine technischer Grubenbeamten verlassen. Diese Vereine sind für die Grubenbestizern das, was die Gelben in Arbeiterkreisen sind, eine willfährige Unternehmerstutze. Sollte es diesen Vereinen einfallen, Beamtenforderungen mit dem nötigen Nachdruck zu stellen, sie hätten dann keine andere Behandlung zu erwarten, als wie sie den Arbeiterorganisationen und dem neuen Steigerverband heute zuteil wird. Darum verlegen sich die technischen Vereine auf die Predigt von der „Harmonie zwischen sich und ihren Brotherrn“. Die Brosamen, die sie erbitten, lassen sie sich in den Versälen der Werksbestizern reichen. Verachtungsvoll aber blicken sie auf ihre Kollegen herab, die aufrechten Ganges diese Vorfälle zu meiden suchen, denen die Anpöcheri und Anwinnselzuwider ist und nur verlangen, was ihr gutes Recht ist. Stolz brauchen die Grubenbeamten nicht zu sein, daß der Verein technischer Grubenbeamten im Ruhrbecken noch 5000 Steiger umfaßt. Wo ist da der Männerstolz vor Grubenbestizern?

Dennoch kann der Bericht nicht umhin, auch den Steigerverband mit frivolen und wüsten Beschimpfungen zu traktieren, genau so, wie es der Bericht mit den Arbeiterorganisationen macht. Nur um sich, so klingt es aus dem Bericht heraus, auskömmliche Kritiken zu verschaffen, hätten sich die Leiter der neuen Steigerorganisation ihre Organisation gegründet. Der Bericht spricht von „gewerksmäßiger Demagogie“ usw. Nun, kein Zweifel, die Arbeiter, die in „Bernd“ die vergifteten Pfeile abschießt, richtet sich mit solcher Anararchie selbst. Wenn das sich hinsetzt und von antönmlichen Exterzen spricht, dann hat das nur die eigene liebste Person im Auge. Auf das trifft zu, was anderen zum Vorwurf gereichen soll. Diese im Unternehmerjolge stehenden Arbeiter sind die industriellen Agent provocateurs, die nur deshalb nicht viel Schaden anrichten, weil sie bekannt sind. Wir möchten, trotz elenderer Bezahlung, bei aller Entbehrung nicht mit ihnen tauschen.

Fränzchen Behrens.

Als wir in Nr. 15 der „Bergarbeiter-Zeitung“ vom 10. April 1909 in einem Artikel die Begeisterung Behrens für Unternehmerkandidaturen zum 10. und 11. Juli in Schwärzungen und in Schwärzungen. Das Organ des Herrn Lieutenant

wir es gewagt, solche Dinge von ihrem Schlingel Behrens zu behaupten. Wir haben dann zwei Vektartikel dem „Reich“ und dem Herrn Behrens gewidmet und gezeigt, daß in der Welt ein zweites politisches und gewerkschaftliches Chamäleon wie Fränzchen Behrens noch erst gesucht werden muß. Und daß wir hier in der Charakterisierung Behrens und seiner Freunde das richtige trafen, beweist das eilige Schweigen, das die christlich sozialen Herrschaften sich unjener Feststellungen gegenüber auferlegten. Sie taten gut daran.

Neuerdings ist die Begeisterung Behrens für Unternehmerkandidaturen durch die bekannten Veröffentlichungen des Pfarrers Kold in Saarbrücken wiederum bestätigt worden! Wir wissen nicht, wie groß der Grimm des „Vergnappens“ über diese neue Bezeichnung Behrens war, eils wissen wir nur, daß das „christliche“ Organ seinen Grimm unterdrücken mußte! Franz Behrens hat zwar gegen Kold eine Gegenklärung geschrieben, aber der Pfarrer ihn so zum Schweigen: Behrens hat nun einmal kein Glück mit seinen Meinungsäußerungen.

Nun, eins muß man dem streitbaren Generalsekretär lassen. Hat er sich von einer Blamage erholt, dann reitet er wie weiland der Ritter von der traurigen Gestalt eine neue Attacke, um sich aufs neue der Nachsicht seiner Mitmenschen zu empfehlen. Das zeigt von einem großen wenn auch absonderlichen Mut. Oder besser gesagt, es gehört dazu eine gute Stirn. Und die habe ich — Gott sei Dank! — würde Franz Behrens sagen.

Diesmal ist es der Abschluß der Reichsfinanzreform, der Behrens die Feder in die Hand drückt, um uns, die „Bergarbeiter-Zeitung“, zu vermittel! Es ist unser Artikel „Blumenfränzchen schwandelt“ (siehe Nr. 31 vom 31. Juli), gegen den Franz Behrens losfährt.

Wir hatten festgestellt, wie Behrens gegen sozialdemokratische Anträge, die verlangen, die durch die neuen Tabaksteuern arbeitslos werden Tabakarbeiter anspruchlos zu entschädigen, gestimmt hat und wie er auch gegen die Entschädigungsanträge für die durch die neuen Steuern arbeitslos werden Brauereiarbeiter, Brauerel- und Zündwarenarbeiter stimmte. Obwohl der christlich soziale Arbeiterabgeordnete Behrens für die Brauntwein- und Biersteuer in der dritten Lesung gestimmt hat und schließlich bei der Gesamtabstimmung über das Finanzreformgesetz auch die Tabak- und Zündwarensteuer mit in Kauf nahm, gegen die er sich in der dritten Lesung noch scheinbar gewehrt hatte.

Diese Feststellungen sind nun Behrens auf die Nerven geschlagen. Er erblickt es für eine Unwahrheit, daß er sich gegen die grundsätzliche Unterstützung der Tabakarbeiter gewehrt bezw. gestimmt habe. Die „Bergarbeiter-Zeitung“ sollte ihn das einmal nachweisen. „Wir sollen nicht kneifen“, meint Blumenfränzchen. Nun, das wollen wir auch nicht tun. Und zwar wollen wir aktenmäßig feststellen, wie sich Behrens in der Unterstützungsfrage der durch die neuen Steuern arbeitslos werdenden benahm. Zunächst sei nochmals gesagt:

1. Behrens stimmte gegen den sozialdemokratischen Antrag, die Entschädigung der Brauereiarbeiter betreffend,
2. Behrens stimmte gegen den sozialdemokratischen Antrag, die Entschädigung der Brauerelarbeiter betreffend,
3. Behrens stimmte gegen den sozialdemokratischen Antrag, die Entschädigung der Zündwarenarbeiter betreffend.

Was nun die Entschädigung der Tabakarbeiter anbelangt, so lagen dem Reichstag der Reihe nach — wie die Nummern zeigen — verschiedene Anträge vor. So stellten als erste unter Nr. 1527 der Drucksachen des Reichstages die Sozialdemokraten am 30. Juni 1909 den Antrag:

„Personen, die als Arbeiter oder Arbeiterinnen in der Tabakindustrie gearbeitet haben und innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten des Tabaksteuergesetzes durch Einschränkung der Produktion oder durch Verlegung der Fabriken, oder durch Übertragung vom Handbetrieb zur Fabrikation vermittelst Maschinen arbeitslos werden, erhalten Entschädigung und zwar, wenn sie zur Zeit des Eintritts der Arbeitslosigkeit mindestens ein Jahr, aber nicht länger als zwei Jahre sich als Tabakarbeiter oder Arbeiterinnen ernährt haben, den Betrag eines Jahresarbeitsverdienstes, mindestens aber 500 Mk.; wenn der Arbeiter oder die Arbeiterin sich länger als zwei Jahre, aber weniger als zehn Jahre als Tabakarbeiter oder Tabakarbeiterin ernährt hat, den dreifachen Betrag des Jahresarbeitsverdienstes, mindestens aber 1500 Mk.; wenn der Arbeiter oder die Arbeiterin sich länger als zehn Jahre als Tabakarbeiter oder Arbeiterin ernährt hat, den fünffachen Betrag des Jahresarbeitsverdienstes, mindestens aber 2500 Mk.“

Gegen diesen Antrag stimmte Behrens gleichfalls !!
Herr Behrens besitzt sogar die Stim, in seiner Wochenschrift zu behaupten, daß die Sozialdemokraten gegen jede Entschädigung der Tabakarbeiter gestimmt hätten!! Dabei waren die Sozialdemokraten allen voran und stellten einen Antrag, der den Wünschen auch der christlichen Tabakarbeiter entsprach. Trotz dieses Antrags die Behauptung Behrens! Was ist von einem solchen Menschen zu halten?

Drei Tage nachher, als die Sozialdemokraten ihren Antrag stellten, kam am (2. Juli) unter Nr. 1540 folgender Antrag Giesberts:

„Aus den Einnahmen auf Grund dieses Gesetzes sind den Landesregierungen je nach dem festgesetzten Bedürfnis entsprechende Beträge zu überweisen, aus welchen diejenigen Hausgewerbetreibenden und Arbeiter, welche innerhalb des ersten Jahres nach Inkrafttreten dieses Gesetzes vorübergehend oder für längere Zeit arbeitslos werden, ohne anderweit entsprechende Beschäftigung zu finden, oder wegen notwendig gewordenen Berufswechsels oder wegen Einschränkung des Betriebes geschädigt werden, erhalten Unterstützungen bis zu einem Zeitraum von zwei Jahren. Zu diesem Zwecke werden den Einzelstaaten die erforderlichen Mittel bis zum Gesamtbetrag von 4 Mill. Mk., dem festgesetzten Bedürfnis entsprechend, überwiesen.“

Die näheren Vorschriften über Umfang und Bedingungen der Zuwendungen erläßt der Bundesrat, jedoch mit der Maßgabe, daß die Unterstützung im Falle eingetretener Arbeitslosigkeit nicht weniger betragen darf als drei Viertel des entgangenen Arbeitsverdienstes betragen darf.“

Der Unterschied zwischen den beiden Anträgen springt in die Augen. Während die Sozialdemokraten eine **ausgiebige** Entschädigung der arbeitslos werdenden Tabakarbeiter verlangten, beschränkt sich der Zentrumsantrag darauf, daß die Unterstützung **nur drei Viertel** des entgangenen Arbeitsverdienstes betragen soll.

Bei der Abstimmung wurde der sozialdemokratische Antrag abgelehnt, das Zentrum stimmte mit Franz Behrens dagegen. Daraufhin kam der Antrag des Zentrums zur Abstimmung, für den die Sozialdemokraten nunmehr stimmten!! In der dritten Lesung unter Nr. 1599 der Drucksachen kippte das Zentrum plötzlich um und brachte einen Antrag ein, der folgenden Wortlaut hatte:

„Die mehr als ein Jahr im Tabakgewerbe beschäftigt gewesen Hausgewerbetreibenden und Arbeiter, welche nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes innerhalb des ersten Jahres nach dessen Inkrafttreten entweder vorübergehend oder für längere Zeit arbeitslos werden, ohne anderweit entsprechende Beschäftigung zu finden, oder wegen notwendig gewordenen Berufswechsels oder wegen Einschränkung des Betriebes geschädigt werden, erhalten Unterstützungen bis zu einem Zeitraum von zwei Jahren. Zu diesem Zwecke werden den Einzelstaaten die erforderlichen Mittel bis zum Gesamtbetrag von 4 Mill. Mk., dem festgesetzten Bedürfnis entsprechend, überwiesen.“

Dieser Antrag war für jeden, der es ehrlich mit den Tabakarbeitern meint, absolut unannehmbar, denn es war für jeden ganz klar, daß hier Millionen Mark. an Mitteln zu werden würden, wodurch

der massenhaften Arbeiterentlassungen, die zweifellos eintreten müssen und die jetzt in erschreckendem Maße ausgedehnt hat. In Nordwestfalen sind allein circa 1000 Tabakarbeiter jetzt arbeitslos geworden! Und es steht fest, daß diese Rindungen auch in den andern hauptsächlichsten Revieren einen sehr großen Teil der Tabakarbeiter treffen werden.

Der Antrag entsprach außerdem einer Vereinbarung, die die Regierung mit dem Zentrum getroffen hatte, und wenn behauptet wird, es sei im gegebenen Augenblick nicht mehr zu erreichen gewesen, so ist das purer Schwundel. In diesem Stadium der Verhandlungen hätte die Regierung das Gesetz auf keinen Fall daran scheitern lassen, daß höhere Aufwendungen für die Arbeitslosen hätten zugestanden werden müssen. Es war nur die Eilfertigkeit der Giesberts, Behrens und Genossen, der Regierung, wie fast stets, gefällig zu sein, die dazu führte, daß sie einen derartig verunzerten Antrag einbrachten.

Wie der zweite, in schlimmerer Weise verunzerte Zentrumsantrag (Nr. 1599) selbst von Vertretern der bürgerlichen Parteien aufgenommen wurde, dafür folgende Veräußerungen, die nach einer Rede des sozialdemokratischen Abgeordneten Franz gegen den Antrag gemacht wurden.

Abg. **Potthoff** (frei.) sagte nach dem stenographischen Bericht: „Der Kollege Molkenbühr hat uns gesagt, daß die Sachverständigen der Regierung und der Mehrheit mit einem Rückgang von 12 Proz. der Zigarettenfabrikation rechnen. Eine Arbeitslosigkeit von 12 Proz. würde 20000 Arbeiter treffen. Die konnten also pro Kopf, d. h. pro Familie, in den nächsten beiden Jahren 200 Mk. bekommen, wenn wir 4 Millionen als Höchstgrenze ansetzen (Hört! hört! links). Daß mit einer solchen Summe nicht der tägliche Verdienstausschlag in zwei Jahren bezahlt werden kann, liegt doch außer Zweifel. Wollte sich gehen von den 4 Millionen auch noch die Verwaltungskosten für die Verteilung ab, die vielleicht sehr hoch sind, so daß für die Arbeiter nur 3 Millionen bleiben. Wenn die Herren ehrlich sein wollen, sollen sie entweder die 4 Millionen streichen oder sie sollten die Mindestsätze der Unterstützungen streichen, damit man draußen wirklich weiß, was sie eigentlich wollen.“ (Sehr richtig! links.)

Der nationalliberale Abgeordnete **Strefemann** bemerkte zu dem Antrag:

„Das, was die Herren inzwischen aus dem Antrag gemacht haben, erscheint uns nicht als eine Verbesserung, sondern als eine Verschlimmerung (sehr richtig! links) desjenigen, wofür wir damals eingetreten sind. Wir haben insoweit unseren früheren Antrag gestellt, die Worte: „Bis zum Gesamtbetrag von 4 Millionen Mark.“ zu streichen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wir tun das, weil wir der Meinung sind, daß es unbillig ist, wenn man damit rechnet, daß Arbeiter durch ein Gesetz Brotlos werden, dann die Summe zu knüpfen, die als Entschädigung ausgezahlt werden soll. Wir möchten jedenfalls der Regierung nach dieser Richtung hin nicht irgendwelche Bindung auferlegen.“

So, Herr Generalsekretär, standen die Dinge im Reichstag! Wenn in der Wochenschrift gesagt wird: „Ja, wenn die vier Millionen Mark alle sind, können wir später neue Gelder bewilligen“, so ist das ein sehr unsicherer Wechsel für die Zukunft. Das weiß Franz Behrens so gut wie wir. War denn nicht auch er einer der Eiltäuschler nach Annahme des Reichsvereinsgesetzes? Oder spielte er sich nicht demgemäß auf? Und Herr Behrens: Wer war es, der uns — die Verbandsführer — auf der Generalversammlung des Gewerkevereins christlicher Bergarbeiter in Saarbrücken verhöhrte, weil wir bezüglich der Entschädigung von Wünschen und Anträgen der Reichsregierung zu viel Vertrauen entgegenbrachten? **Es war Franz Behrens!** Derselbe Behrens, der sich jetzt auf leere Versprechungen von Regierungsbetreibern zu stützen sucht, um die Volksausplünderung zu vertheidigen! Mehlreich, habe Erbarmen für die Handbessigkeit dieses christlich-nationalen Arbeiterabgeordneten! Besser wären ja andere Empfindungen für diesen Menschen am Plage.

Nun uns Franz Behrens in so frecher Weise herausgefordert hat, wollen wir uns seine Person noch etwas näher ansehen.

Bei der Abstimmung über das Reichsvereinsgesetz stimmte Behrens bekanntlich einmal dagegen, einmal dafür, und dann enthielt er sich der Abstimmung. Das ist die Taktik politischer Seiltänzer. Vorhin zeigten wir, wie Herr Behrens das Vertrauen zu der Regierung einmal verhöhrte, dann wieder das Vertrauen zu der Regierung forderte. Wie es rufft, bald so, bald so! Einmal Wallfahrten nach Flottbeck, Scharwenzeln in den Vorjalen des Ministerhotels, dann mitleidiges Lächeln, Spott und Hohn über diejenigen, die nach Anschaffung des Blumenfränzchen noch Vertrauen zu der Reichsregierung haben!!

In Wort und Schrift bemühte sich Franz Behrens seinerzeit nachzuweisen, daß es ein Skandal sei, daß im Ruhrbecken keine Vertreter der Industriellen oder solche selbst als Reichstagsabgeordnete gewählt würden, im Siegerland, im früheren Städtischen Wahlkreis, kämpfte er mit allen Mitteln gegen die Wahl eines Industriekandidaten (Bergbaupolmann a. D. Vogel) an. Als ihm seine erste Stellungnahme in einer Versammlung vorgehalten wurde, da erklärte Franz Behrens: Er sei nur im Ruhrgebiet für Industriekandidaturen! Seit kurzen wissen wir, daß er auch im Saarrevier für Industriekandidaturen eintritt, und wie der Herr Generalsekretär mit Genehmigung ausplauderte, wurden von den Oberchristen, zu denen sich auch Behrens zählt, christliche Gewerkschaftssekretäre, die im Saarrevier von Arbeiterkandidaturen träumten, auf den Schuß gebracht! Die saarabischen Industrieherrn möchten nur den Gewerkeverein christlicher Bergarbeiter etwas schonen. Etwas! Das ist Behrens in Gloria!

In der Nummer 181 der „Staatsbürger-Zeitung“ vom 5. August 1909 lesen wir in einem Artikel, dessen Verfasser Franz Behrens ist, folgendes:

„Ich habe für die Erbschaftsteuer gestimmt und mein Freund und Kollege Giesberts dagegen. Ich halte meine Abstimmung „im Interesse der Arbeiter“ von meinem parteipolitischen Gesichtspunkte für richtig! Aber ich bin durchaus überzeugt, daß Abgeordneter Giesberts von seinem Parteistandpunkt aus ebenso seine Abstimmung als im „Interesse der Arbeiter“ liegend erachtet!!“

Beides ist richtig, dafür und dagegen. Giesberts und Behrens zugleich haben aber wieder recht, wenn sie den christlichen Arbeitern erzählen, daß es zu den ersten Aufgaben eines Arbeitervertreters im Parlamente gehört, den Besitz bei Steuerfragen zu belassen und die Armen möglichst von Steuern zu entlasten, aber richtig ist auch, wenn man im Parlament, um diesem Prinzip nachzukommen, vier Fünftel der Steuern auf die breiten Massen, ein Fünftel auf Handel und Verkehr, und etwa ein Hundertstel (Schaumweinsteuer) auf den Besitz abzuwälzen hilft. Alles das ist immer richtig, man muß nur die politische Moral eines Behrens besitzen und seine vortreffliche, unvergleichbare Logik!

Daß ein Mann mit solchen Grundsätzen schließlich mit sich selbst in Konflikt kommt, ist nur zu begreiflich. Hat er doch bei der Finanzreform bei der Abstimmung über den Kasse- und Lezoll so jämlich die gleichen Wurzelbäume geschlagen, wie bei der Abstimmung über das Reichsvereinsgesetz: Enthaltung, dagegen, dafür!!

Wie Herr Behrens als Reichstagsabgeordneter überhaupt stimmte, das haben wir bezüglich der dritten Lesung des Finanzgesetzes in voriger Nummer der „Bergarbeiter-Zeitung“ gezeigt. Behrens stimmte hier für die Brauntweinsteuer, für die Biersteuer, für das Reichsstempelgesetz, für den Lezoll, für die Erhaltung von 35 Mill. Aufrechter, er stimmte

den Vorschlag der Regierung, die Fahrkarten-
 Feuer abzuschaffen. Und ebenso war er für die Beibehaltung
 der Liebesgabe an die Schnapsjunker. Bei der Gesamt-
 abstimmung stimmte er für das Finanzgesetz, damit für alle
 Steuern, die es enthält. In der zweiten Lesung war Behrens
 auch noch für die Milieumehrfachsteuer, die eine Verteuerung des
 Mehles herbeigeführt hätte, eingetreten. Behrens hat gebraucht
 wir das Wort seines Freundes Schiffer, für **grausame Steuern**
 gestimmt! Es fällt uns nicht ein, an dieser Stelle einen Vergleich
 der Abstimmung Behrens mit den Abstimmungen anderer Arbeiter-
 abgeordneter vorzunehmen. Wir haben es heute mit ihm allein zu
 tun. Und da verlohnt es sich noch, sich Behrens Briefe an seine
 Wähler im Weizler Kreise zu erinnern. Wir haben diese Briefe
 Nr. 18 der „Vergarbeiter-Zeitung“ veröffentlicht.

Lesen wir diese Briefe, so muß man zugeben, daß Behrens
 wenigstens in einem Falle konsequent blieb, und zwar in der Frage
 der Biersteuer. Damals versprach er den kleinen Brauereien
 und den Gastwirten, nur dann für eine Biersteuer einzutreten,
 wenn er der Ueberzeugung sei, daß durch sie nicht der Stand der
 Brauer und Gastwirte getroffen würde. An die Arbeiter führte
 sich der Generalsekretär des christlichen Gewerksvereins nicht.

„Es ist zweckmäßig“, so beehrte Franz Behrens, „daß die
 Brauereien und Gastwirte darnach trachten, die Abwälzungs-
 notwendigkeiten sicher zu stellen!“

Die „Abwälzungsnotwendigkeiten“ sind sicher gestellt und zwar so,
 daß es selbst der Presse, die sich für die neuen Steuern begeisterte,
 darüber bange wird. Bekanntlich werden die Preise für die Pro-
 dukte, die mit neuen erhöhten Steuern bedacht wurden, weit mehr
 gesteigert, als der Betrag der Steuererhöhung ausmacht. So ver-
 öffentlicht die „Tägliche Rundschau“ folgende Tabelle. Es
 beträgt der:

	Steuerbetrag	die versuchte Preiserhöhung
für Bier	100 Mill. M.	720 Mill. M.
Tabak	43 „	160 „
Branntwein	80 „	280 „
Erzechölzler	25 „	88 „
Kaffee	86 „	54 „
Gesamt	284 Mill. M.	1247 Mill. M.

Wir wollen und können nicht untersuchen, ob die Ausgaben der
 „Täglichen Rundschau“ nicht zu hoch berechnet sind, soweit die
 versuchte Preiserhöhung in Frage kommt. Als sicher kann ange-
 nommen werden, daß der Steuerertrag von 284 Mill. M.
 den dritten Teil der Summe ausmachen wird, die das
 Volk für die genannten Produkte infolge der neuesten
 Steuergesetzgebung aufzubringen hat! **Das Volk
 zahlt zwei und dreifach, aber die Abwälzungsnotwen-
 digkeit ist gesunden!!** Herr Behrens kann sich ruhig schlafen
 legen. Er hat hier einmal richtig vorausgesehen!

In neuerer Zeit hat Franz Behrens erdacht, daß eigentlich an
 den einzelnen Steuern, z. B. an der Tabaksteuer, die Sozial-
 demokraten schuld sind! weil diese nach Anschauung Blumen-
 fränzchens der Regierung mit ihrem Entschädigungsantrag für die
 arbeitslos werdenden Tabakarbeiter die Wege gezeigt haben, neue
 Steuern einzuführen, ohne die Arbeiter damit zu
 schädigen!!! Wir wollen noch abwarten, bis sich Blumenfränzchen,
 der Stern am christlichen Gewerkschaftshimmel, erst in dieser neuen
 Glanznummer eingelebt und eingearbeitet hat. Die Menschheit
 wird noch erfahren, was sie an ihrem Franz Behrens hat. Noch
 ist sein Genie von vielen verkauft. Aber warten wir in Demut
 ab, was das bemerkenswerteste politische und gewerkschaftliche
 Chamäleon unserer Zeit noch für Dinge über sich offenbart und
 wieweit er noch fähig ist.

Die Finanzbill in Großbritannien.

London, den 18. August 1909.

Der englische Schatzkanzler hatte bekanntlich die Absicht, in der
 Finanzbill, die den Grundbesitzern an den Steuern gehen und
 ihnen etwas von dem zu Unrecht erworbenen Gute abnehmen soll,
 auch eine Steuer auf solche Vändereien zu legen, die mineralhaltig
 sind, deren Schätze aber nicht ausgebeutet werden. Er dachte jedenfalls,
 dadurch Vergewerte in Betrieb zu bringen, deren Öffnung jetzt von
 den Grundbesitzern, die auf günstige Zeiten spekulieren, verhindert
 wird. Es hat sich aber erwiesen, daß die Einköpfung einer solchen
 Steuer die größten Schwierigkeiten verursacht, und sie ist deshalb
 ausgegeben worden. An ihre Stelle tritt die Besteuerung der Abgaben
 an den Grundherrn. Bekanntlich gehört der Untergrund in Groß-
 britannien nicht der Nation, sondern dem Grundbesitzer, der dem
 die Mineralien ausbeutenden Kapitalisten eine Konzession verleiht,
 die er sich gut bezahlen läßt und die in den verschiedenen Distrikten
 mit 32 Pfennig bis zu 3,50 Mk. pro Tonne bezahlt werden muß.
 Die Gesamtsumme dieser Abgaben, die sich aus Lohntengeldern,
 Wegegeldern usw. zusammensetzt, wird im Jahre zwischen 160 bis
 180 Millionen Mark betragen. Diese Abgaben an den Grundherrn,
 die wohl von allen kapitalistischen Profitten am deutlichsten den
 parasitischen Charakter aufweisen, sollen nun mit einer Steuer in
 der Höhe von 5 Proz. belegt werden. Schon vor einigen Monaten
 wies ich in einem Artikel in der „Vergarbeiter-Zeitung“ darauf hin,
 wie trefflich sich diese Faulenzerinkommen zur Besteuerung eignen.
 Die Abgaben sind konstantlich festgelegt, daher können die neuen
 Steuern nicht auf die Montanindustrie abgewälzt werden. Hoffentlich
 wird der jetzige oder ein zukünftiger Schatzkanzler die zuerst in Aussicht
 genommene Steuer auf nicht ausgebeutete Mineralallagen wieder auf-
 nehmen; denn diese Steuer würde mehr wie alles andere die Grund-
 besitzer zur Erteilung ausbeutbarer Konzessionen bewegen und dadurch
 die Arbeitsgelegenheit für den Bergmann vermehren. Die Kameraden
 in Großbritannien fordern bekanntlich schon seit Jahren eine
 Besteuerung der Abgaben an den Grundherrn und sehen darin ein
 Mittel, um die Sozialreform in ihrem Heimatlande auszubauen.
 Man wird sich erinnern, daß der Kamerad Brace auf dem letzten
 internationalen Kongreß in Berlin auf die Besteuerung dieser Abgaben
 als eine Quelle hinwies, aus der man die von den britischen
 Kameraden geforderten unabhängigen Arbeiterinspektoren besolden
 könnte. Obwohl nun eine Besteuerung von 5 Proz. nicht viel bedeutet —
 werden doch dadurch nur zwischen acht und neun Millionen Mark
 eingebracht — so ist damit doch ein guter Anfang gemacht. Aus
 dieser Quelle kann noch häufig geschöpft werden, und sollte sie
 schließlich versiegen, so werden außer einer Handvoll Rentenschleekern
 nicht viele Leute dieser Brandstiftung der Bergwerksindustrie durch
 die Grundbesitzer eine Träne nachweinen.

Ein Artikel in dem Jahresbericht der Gewerkschaft der Kesselmacher
 enthält einige interessante und lehrreiche Betrachtungen über diesen
 Punkt. Der Artikelverfasser vergleicht dort in anschaulicher Weise
 die Löhne der Arbeiter im Maschinenraum des großen Dampfers
 Lusitania mit dem Profit, den der Grundbesitzer an Abgaben der
 Kohlenbergwerke durch eine Fahrt dieses Schiffes erzielt. Die
 Lusitania ist ein Riesendampfer, der auf der Fahrt von Liverpool
 nach Newyork und zurück, die er in 10 Tagen macht, 16.800 To-
 nen Kohlen verbraucht. Im Maschinenraum werden 333 Mann beschäftigt.
 Die Abgaben an den Grundherrn, welche die von diesen Dampf-
 gewerken gebrauchte beste waliser Dampfsteine zahlt, betragen 1,25 Mk.
 pro Tonne, so daß der Grundbesitzer aus einer Fahrt der Lusitania
 nicht weniger als 21.000 Mk. herausschlägt. Die den erwähnten
 333 Arbeitern in 10 Tagen bezahlten Löhne betragen dagegen nur
 10.770 Mk. Der Grundbesitzer, der nicht einen Finger rührt, bezieht
 also in derselben Zeit 10.230 Mk. mehr als die 333 Maschinen-
 geizer usw., die sich schwer abrackern müssen. Hiernach scheint der
 relative Wert der Parasiten etwa 700 mal größer zu sein wie der
 des Produzenten. Selbst der Kapitän der Lusitania, der das ganz

respektable Einkommen von 18.000 Mk. bezieht, muß etwa sechs
 Wochen lang arbeiten, bevor er das verdienen kann, was der Grund-
 besitzer aus der Fahrt des Schiffes in einem Tage einnimmt. Und
 hier ist nur von einem ganz geringen Teil des kapitalistischen
 Ausbeutungs- und Blünderungssystems die Rede. Wie herrlich ist
 doch diese göttliche Wirtschaftsordnung!

Die Finanzbill des Herrn Lloyd George enthält manche Punkte,
 in denen sie sich von dem deutschen Projekte zur Deckung des Reichs-
 deficits unterscheidet. Vor allen Dingen bürdet der englische Schatz-
 kanzler nicht wie die deutsche reaktionäre Reichstagsmajorität der
 großen Masse des arbeitenden Volkes die Hauptlast der neuen Steuern
 auf. Die oberen Gesellschaftsschichten werden ganz beträchtlich durch
 seine neuen Steuerprojekte mitgenommen. Steuern wie die erhöhte
 Erbschaftsteuer, die Extrasteuer auf hohe Einkommen und die Land-
 steuern werden der Staatskasse diese Millionen zuführen. Allerdings
 handeln auch die englischen Liberalen hier nicht aus freiem Antriebe.
 Es ist die Furcht vor der Arbeiterpartei, die ihnen bei den nächsten
 Wahlen viele Siege streitig machen wird, die sie veranlaßt, dies
 volksfreundliche Gesicht zu zeigen. Es bewährte sich hier wieder
 einmal, daß nur das in einer proletarischen Massenpartei zusamen-
 geschmiedete Proletariat der bürgerlichen Gesellschaft Konzessionen
 abtrotzen und sich vor den ungerechten Steuerprojekten des Staates
 schützen kann. J. K.

Volkswirtschaftliche Rundschau.

Das nackte Geld.

Nun haben sie es erreicht, die Steuerfrüherer. Wir lesen im Organ
 des Tabakarbeiterverbandes unter zahllosen anderen Meldungen über
 Arbeiterkündigungen und Arbeiterentlassungen:

„Aus Waldheim in Sachsen wird uns berichtet: Die hiesigen
 Zigarettenfabriken E. Wötger, Dr. Frickh und W. Weisler haben den
 größten Teil ihrer Arbeiter für den 15. August gekündigt mit dem Ver-
 merke, daß acht resp. 14 Tage nicht gearbeitet wird. Die Firma
 G. Liebe hat keine Arbeiterentlassungen vorgenommen, aber die Produktion
 um die Hälfte eingeschränkt. In Frage kommen in den ersten Tagen
 drei Firmen 200—250, in letzterem Falle reichlich 100 Arbeiter!
 Das ist der Dank für die jetzt geleistete Ueberarbeit, nun mag der
 Arbeiter sehen, wie er weiter kommt!“

Und ganz klein in einer Ecke des Blattes steht dann die vielsagende
 Notiz:

Waldheim. In Ansehung der durch starke Arbeiter-
 entlassungen traurig gestalteten Verhältnisse findet
 unser 20. Stiftungsfest nicht statt.

Ob Herrn Gleichbergs nicht das Rot ins Gesicht steigt, wenn er
 diese Zeilen liest?

Reichtum und Armut.

Es betragen die Schulden Deutschlands: 1878: rund 72 Millionen
 Mark, 1908: 4540 Millionen Mark. Die Reichseinkommen aus Zinsen
 und Verbrauchsausgaben: 1875: 246 612 260 Mark, 1908: 1 257 981 800
 Mark. Die laufenden Ausgaben für das Heer: 1875: 318 938 000 Mk.,
 1908: 670 582 000 Mark. Die laufenden Ausgaben für die Marine:
 1878: 17 716 400 Mark, 1908: 137 801 100 Mark. Die einmaligen Aus-
 gaben für das Heer: 1875: 5 005 100 Mark, 1908: 41 504 000 Mark.
 Die einmaligen Ausgaben für die Marine: 1875: 11 947 400 Mark,
 1908: 75 837 700 Mark.

Als Illustrationen zu den vorstehenden Zahlen dienen folgende
 Angaben und Erläuterungen: Der Milliardenheer, der nach dem deutsch-
 französischen Krieg Deutschland übernahm, löste eine fast beispiellose
 industrielle Entwicklung aus. Sowohl in der Produktionsmenge als
 auch in der Betriebs- und Kapitalkonzentration ist die deutsche Industrie
 allen anderen europäischen Staaten in Entwicklungstempo weit voraus-
 geeilt, sie hat auch das Mutterland der Industrie, England, teils ein-
 geholt, teils überflügelt. Im Jahre 1860 förderten im Oberbergamts-
 bezirk Dortmund 281 Kohlenwerke mit 20 320 Mann Belegschaft
 11 812 528 Tonnen Kohlen zutage, dagegen stellt sich für 1908 die
 Förderung von 105 Werken mit 320 475 Mann Belegschaft auf
 40 651 059 Tonnen. Im Durchschnitt der Jahre 1860—65 wurden in
 Deutschland bei einer mittleren Belegschaft von 94 539 Mann 17 1/2
 Millionen Tonnen Steinkohlen gefördert, 1908 dagegen mit rund
 600 000 Mann Belegschaft 140 Millionen Tonnen. Von rund 800 000
 Tonnen im Jahresdurchschnitt 1861—65 stieg Deutschlands Hoheisen-
 erzeugung im Jahre 1908 auf über 18 Millionen Tonnen. Interessant
 ist ein Vergleich der Entwicklungslinie in Deutschland und England.
 Von 1865 bis 1907 macht die Steigerung der Kohlenproduktion in
 Deutschland 100 Prozent aus, in England 68 Prozent; seit 1890 stieg
 in Deutschland die Hoheisenerzeugung um 180 Prozent, in England
 nur 35 Prozent; absolut ist Deutschlands Hoheisenherstellung derjenigen
 Englands jetzt um unter 2 Millionen überlegen, und die Stahlerzeugung
 in Deutschland ist fast doppelt so groß geworden, als die der englischen
 Stahlfabrik.

Das deutsche Kohlenprodukt ist die mächtigste Kohlengruben-
 organisation der Welt; kombinierte Betriebe, wie wir sie in den Kruppischen
 Werken, im Pöhlitz usw. besitzen, die mit 300—400 Millionen Mark
 Kapital arbeiten und 30—60 000 Arbeiter beschäftigen, haben nicht
 ihresgleichen. Diese gigantische Entwicklung war begleitet von einer
 fabelhaften **Reichtumshäufung in den Händen weniger
 Kapitalisten**. Für das Jahr 1887 wird der Wert der gesamten
 Kohlenproduktion Deutschlands auf 311 Millionen Mark angegeben
 (Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich), nach der Einkommen-
 steuerrechnung hatten allein die Vergewerklichten in Preußen für
 1908 ein steuerpflichtiges Einkommen von 38 Millionen
 Mark, während die Summe der berechneten **Ueberschüsse 83,80
 Millionen Mark** ausmacht. Und die Gewerkschaften Preußens un-
 fassen nur einen, und zwar den kleineren Teil des deutschen Bergbaues.

Im Jahre 1907 gab es in Preußen 139 Aktiengesellschaften, die
 als reine Kohlenbetriebe angesprochen werden können. Sie erzielten bei
 520 Millionen Mark Kapital **87 Millionen Mark Reingewinn**,
 während für 139 Aktiengesellschaften der Gruppe: Bergbau, Hütten- und
 Salinenwesen, die rund 1 1/2 Milliarden Mark Kapital investiert hatten,
240 Millionen Mark Reingewinn ausgewiesen worden sind
 (Statistisches Jahrbuch für den preussischen Staat).

Die Entwicklung der Gewerkschaften spiegelt den industriellen
 Aufschwung wieder. Im Jahre 1870 gab es in Preußen **220 Aktien-
 gesellschaften** mit 1886 Millionen Mark eingezahltem Kapital, 1907:
2746 Gesellschaften, deren Aktienkapital sich auf 8570 Millionen
 Mark belief; der bilanzmäßige Reingewinn für 1907 betrug **1034
 Millionen Mark**. Für alle Gewerkschaften ergeben sich folgende
 Requirate: Zahl 7632, eingezahltes Kapital 9 772 911 365 Mk., Summe
 der für Steuerberechnung berücksichtigten **Ueberschüsse 1 175 095 642
 Mark**, veranteilt Ueberschüsse 906 834 803 Mark. Die Zahlen und An-
 gaben geben eine Vorstellung von der gewaltigen industriellen Ent-
 wicklung, vom enormen Aus der Arbeitskraft erpreßten Mehrwert und
 aufgespeicherten Reichtum.

Die Refrakte der Medien ist die schwindelerregende Schuldenwirt-
 schaft im Reich. Die Reichsfinanzwirtschaft ist zu einem guten Teil durch
 die geschilderte Vermögenswirtschaft verschuldet. Eine ergiebige Quelle
 für diese Schulden hat der Militarismus. In ihm fanden ein Fundel
 von Kriegsmaterial- und Ausrüstungslieferanten einen stetig fließenden
 Born, aus dem sie Millionen über Millionen schöpften. Und die Mittel,
 die der Staat zur Befriedigung fabelhafter Gellüste und geminn-
 hungiger Prozentpatrioten bedurfte, verschaffte er sich **durch indirekte
 Steuern, die das Volk belasten**. Daher war die Steigerung der
 Ausgaben für Heer und Flotte begleitet von einer ununterbrochenen
 Vermehrung der indirekten Steuern. Doch war der Militarismus nicht
 allein das treibende Motiv für des Volkes Blünderung. Hierzu traten
 die Bedürfnisse der Junker. Um der Junker Begehren zu befriedigen,
 mußte ihnen das Volk in Gestalt von Branntwein- und Zuckelsteu-
 ergaben, sowie Schutzgöllen und Auszubehälmen stetig wachsenden Tribut
 zahlen. Und die Liebesgabenpolitik fand in Steuerprivilegien für das
 Agrarariat noch angenehme Zugaben. Das Volk aber trägt unter der
 immer schwerer werdenden Last der indirekten Steuern, und es soll jetzt,
 da Krise, Arbeitslosigkeit und Lohnsenkung es doppelt peinigen und
 quälen, wiederum mit 400—500 Millionen neuer indirekter Steuern be-
 lastet werden. Von 1895—1908 stieg die Zahl der zur Ergänzung-
 steuer in Preußen herangezogenen in den Städten von 520 192 auf
 729 107, deren Vermögen von 38 280 913 175 Mark auf 58 446 423 968
 Mark; für das Land ergeben sich folgende Zahlen: Jenseits 1895:
 632 140, 1908: 773 463; Vermögen 1895: 25 576 258 179, 1908:
 33 206 878 229 Mark. Demnach wuchsen die Vermögen in der ange-
 gebenen Zeit insgesamt von 63 857 171 354 Mark auf 91 653 297 197
 Mark. Und dazu gab es im Königreich Preußen 5 330 552 Rentisten,

die nicht zur Einkommensteuer herangezogen werden konnten, weil ihre
 Einkommen 900 Mark betrug, nur 5 876 741 Rentisten hatten ein Ein-
 kommen von über 900 Mark. Unter 900 Mark Einkommen, das be-
 deutet bittere Not, Entbehrung des Notwendigsten, Wer-
 acht auf alle Freuden und Genüsse!

**Reiseneinkommen, gewaltige Vermögen auf der einen
 Seite für die wenigen Ausgewählten; — Hungerlohn,
 bittere Armut für die große Masse! Man Ausrüstungsfortschritt,
 heimlichen Kapitalisten und Großgrundbesitzer ein, dem Volk!
 bleiben die Lasten. So marschieren wir in der Welt voran!**

Zur Lage der amerikanischen Arbeiter.

Ueber die Lage der amerikanischen Arbeiter sind längst mehrfach
 Behauptungen aufgestellt worden, die geeignet sind, ein falsches Bild
 von den Verhältnissen zu geben. Es ist deshalb wertvoll, daß gerade
 jetzt wieder einige Zahlen bekannt werden, die den Sachverhalt klarstellen.
 So wird eine amtliche Erhebung aus dem Jahre 1906 veröffentlicht,
 die sich auf 123 708 Betriebe mit 8 297 810 Arbeitern erstreckt. Sie ergab
 für männliche Arbeiter über 16 Jahren einen Durchschnittswochenlohn
 von 11,16 Dollar (ein Dollar 4,25 Mk.), für Frauen 6,17, für Jugendliche,
 8,40 Dollar. Den höchsten Lohn (21,68 Dollar) verdienten Steinbildhauer,
 den niedrigsten (5,28 Dollar) Arbeiter der Fett-, Zergel-, Tabakindustrie.
 Die Extreme stellen dar: einige Glasbläser mit 1,17 Dollar Stunden-
 lohn und Baumwollarbeiter mit 9 Cents (3,88). Die niedrigsten Löhne
 werden im Süden bezahlt. — Folgendes waren die Löhne von 2619 063
 erwachsenen männlichen Arbeitern:

weniger als	8 Dollar	2,2 Proz.
"	8—9	0,6
"	9—12	21,6
"	12—15	28,7
"	15—20	17,2
"	20—25	14,7
"	25 und mehr	4,0

Ferner werden für den Staat Minnesota (am oberen Mississippi)
 Einzelangaben für 1907 und 1908 veröffentlicht. So verdienten in der
 Stadt Minneapolis mit mehr als 200 000 Einwohnern:

Bäder	bei 10stünd. Arbeitszeit	0,50 Mk. pro Tag
Parbiers	10 1/2	8,40—9,80
Buchbinder	0	12,60
Pflegelager (Maurer)	8	20,16
Eisenbahnarbeiter	8	16,80
Buchbinder-Mädchen	9	4,20—6,30
Brauer und Mälzer	8	12,—
Stimmerer	8	14,28
Elektrizitätsarbeiter	8	14,70
Polier	8	9,—
Plasterer	8	21,—
Buchdrucker	8	14,70
Schneider	10	10,50
Formen	9	18,20
Schmiede und Maschin.	9	12,60
Eisenbahnkonduktore	10	16,80

Ohne ähnliche Ziffern meldet das Amt St. Paul, einer Stadt mit
 220 000 Einwohnern. Wie geben folgende Ziffern aus dem Bericht
 wieder:

Stiefel- u. Schuhmacher bei 10stünd. Arbeitszeit	10,50—11,50 Mk. pro Tag	
Parbiers	11	0,50
Buchbinder	9	12,60
Maurer	8	20,16
Eisenarbeiter	8	18,20
Buchdrucker	8	14,70
Schneider	10	10,50

Und um gleich den Einwand zu entkräften, daß es nicht nur auf
 den absoluten Lohn, sondern auf die Kaufkraft ankomme, seien gleich
 aus demselben Bericht einige Preisangaben mitgeteilt, aus denen hervor-
 geht, daß die wichtigsten Lebensmittel sogar billiger sind als in Deutsch-
 land. Danach kosteten nämlich 1907 und 1908 von folgenden Waren
 ein deutsches Pfund:

Mehl	15—16 Pfennige
Fleisch	45—70
Butter	22—28
Weis	20—22
Speck	40—45
Kaffee	05
Butter	100—110
Frischer Fisch	25—35
Getrocknete Linsen	40
Kartoffeln, gehäuft 35 Liter	1,50—2,00 Mark
Milch	12 Pfennige

Die notwendigen Lebensmittel sind also erheblich billiger als bei
 uns. Die normale Wohnung des Arbeiters besteht aus einem Hause
 mit 4—5 Zimmern und Garten, wofür der Arbeiter in St. Paul 500
 bis 700 Mk. jährlich zahlt.

Nachrichten aus der Montanindustrie.

Beteiligungen im Kalisynidat.

Im Kalisynidat ist die Beteiligungsziffer wie folgt festgelegt:

	I	II	III
Helsburg	1,190	1,188	1,246
Arbeiterhall	1,481	1,445	1,521
Ludwigshall	1,852	1,403	1,537
Großherzog Wilhelm Ernst	1,852	1,403	1,537
Thiederhall	1,888	1,403	1,538
Heidungen II	1,448	1,503	1,579
Nordhäuser Kaliwerk	1,456	1,513	1,590
Hattorf	1,430	1,504	1,587
Friedrichshall	1,456	1,561	1,640
Zehantonshall	1,552	1,574	1,654
Tontona	1,456	1,614	1,696
Jessnitz	1,742	1,658	1,742
Friedrich Franz	1,742	1,668	1,742
Heidenrode	1,742	1,664	1,748
Thüringen	1,613	1,665	1,740
Ludwig II	1,879	1,666	1,750
Neu-Gleicherode	1,620	1,669	1,754
Glantschall	1,613	1,670	1,755
Siegfried I	1,654	1,670	1,755
Deutschland	1,580	1,670	1,755
Wansfeld	1,573	1,784	1,822
Justus	1,763	1,749	1,888
Desdemona	1,742	1,749	1,888
Sigmundshall	1,742	1,752	1,841
Wise	1,742	1,754	1,843
Freisch Glüd	1,763	1,774	1,864
Hohenzollern	1,763	1,770	1,880
Kaiseroda	1,763	1,830	1,923
Alxanderhall	1,742	1,880	1,923
Wintershall	1,742	1,880	1,923
Großherzog von Sachsen	1,742	1,880	1,923
Burbach	2,081	1,888	1,981
Karlshund	1,837	1,889	1,932
Hilberia	1,837	1,882	1,946
Deutsche Kaliwerke	1,837	1,854	1,948
Wieserode (fikt.)	—	1,866	1,961
Einigkeit	1,650	1,948	2,047
Ronnenberg	1,976	1,973	2,073
Kohlsfeld	2,092	2,015	2,117
Kopfen	1,976	2,045	2,149
Hedwigsburg	2,113	2,045	2,257
Glückauf	2,307	2,456	2,580
Sagdehthuth	2,114	2,486	2,580
Wilhelmshall	2,657	2,685	2,821
Wieserode	2,893	2,776	2,917
Neustadt	2,893	2,776	2,917
Vergymia (fikt.)	2,893	2,776	2,917
Hernburg	2,964	2,776	2,917
Stauffert (fikt.)	4,439	2,776	2,917
Unfalltücher Fiskus	3,295	3,397	3,541
Sollstedt	1,976	2,045	—
Wieserode	2,893	2,776	—

* Einschließlich Wieserode.

Spalte I bezeichnet die Beteiligungsskizzen, die im alten Synbildat vom 20. März 1909 gültig waren, Spalte II die Beteiligungsskizzen im neuen Synbildat einschließlich Ufcherleben und Sollstekt und Spalte III die Beteiligungsskizzen für den Fall des Ufcherlasses von Ufcherleben und Sollstekt. Alles in Prozenten der Gesamtbeteiligung.

Ergebnisse der Salzgewinnung im Salzeschen Oberbergamtsbezirk im II. Quartal 1909: über die im II. Quartal d. J. erzielte Förderung und den Absatz von Salzen im Oberbergamtsbezirk Salze gibt folgende Tabelle Auskunft:

Table with 5 columns: Produkt, Bestand vom Vorquartal, Förderung, Absatz inf. Deputaten, Bestand inf. Deputaten. Rows include Steinsalz, Hallfals, Speisefals, and Salz- und Gewerbesalz for the years 1900 and 1908.

Das speziell die Kalkindustrie anlangt, so werden im Regierungsbezirk Magdeburg auf neun Werken 250 800 T., im Regierungsbezirk Merseburg auf zehn Werken 104 702 T. und im Regierungsbezirk Erfurt auf sechs Werken 85 260 T. gefördert. Absatz und Verarbeitung der Kalkfalsge stelte sich in den einzelnen Bezirken folgendermaßen:

Table with 3 columns: Ort, Absatz, Verarbeitung. Rows include Magdeburg, Merseburg, and Erfurt.

Am I. Quartal 1909 hatte die Förderung auf allen Kalkwerken des Oberbergamtsbezirks Salze 657 077 T. (im I. Quartal 1908: 673 832 T.), der Absatz 868 880 T. (424 548 T.) und die Verarbeitung 298 697 T. (264 400 T.) betragen.

Bergwerksproduktion im Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Large table with 5 columns: Produkt, 1905, 1906, 1907, 1908. Rows include Steinkohle, Holz, Bitetts, Schwefel, Ammoniak, Ammoniakwasser, Salmat., Teer, Teerveredlung, Teerpech, Schwebel, Anthrazenöl, Kreosotöl, Leuchtöl, Rohnaphtalin, Reinnaphtalin, Anthrazen, Holzheizöl, Oder ger. Handelsbenzol, Naphthalin, Vereinigtes Toluol, Rohpyrol, Vereinigtes Tylol, Rohsulfonaphtalin, Ver. Sulfonaphtalin, Leuchtgas, Kieselsteine, Brecksteine, Kalksandsteine, Eisenerz, Zinkerz, Bleierz, Kupfererz, Schwefelkies, Salz.

Aus den Unternehmerverbänden. Die Organisationen der Deutschen Arbeitgeber.

Zum erstenmal bringt das „Statistische Jahrbuch für das Deutsche Reich“, Jahrgang 1909, eine Uebersicht über die Arbeitgeberorganisationen. Doch, wie man die Angaben des Jahrbuches über die Arbeitgeberverbände auch betrachten mag, ein Bild von der Stärke und der Bedeutung, welche die Arbeitgeberverbände als Kampfororganisationen gegen die Gewerkschaften haben können, kann man nicht gewinnen. Während die gleichfalls im Jahrbuch enthaltene Statistik der Arbeitgeberorganisationen klipp und klar Auskunft gibt über die organisatorische Gliederung, Mitgliederzahl und Kraftverhältnisse der Gewerkschaften, erreicht die Statistik der Arbeitgeberverbände den Eindruck, als wolle sie unter dem Schein einer öffentlichen Darlegung die tatsächlichen Verhältnisse verschleiern. Die Statistik teilt die Arbeitgeberorganisationen in Reichsverbände, Bezirks- und Landesverbände, Ortsverbände, gemischte Landes- und Bezirksverbände, gemischte Ortsverbände. Jede dieser Gruppen zerfällt wieder in zwei Teile: Organisationen, die anderen Verbänden angeschlossen sind, und solche, die anderen Verbänden nicht angeschlossen sind. Es ist ohne weiteres klar, daß ein so verzwicktes Gebilde die Uebersichtlichkeit erschwert und zu erheblichen Fehlern in der Statistik Ufchlag geben muß. In einer Anmerkung des Statistischen Amtes heißt es, daß Doppelzählungen nach Möglichkeit vermieden sind. Dadurch wird doch wohl indirekt angegeben, daß möglichenfalls unter den Reichsverbänden die eine oder andere Organisation mitgezählt sein kann, die in den Gruppen der Bezirks- und Ortsverbände nochmals aufgeführt wird. Schon die Möglichkeit solcher Doppelzählungen macht eine Statistik fast wertlos, auf jeden Fall aber muß sie mit größter Vorsicht aufgenommen werden.

Es sei nun, was uns die Statistik über die Stärke der Arbeitgeberverbände jagt. Die Gruppe der nicht angeschlossenen Verbände zählt 46 Reichsverbände mit 144 400 Mitgliedern, die zusammen 3 124 806 Arbeiter beschäftigen, 38 Landes- und Bezirksverbände mit 13 394 Mitgliedern, die 433 595 Arbeiter beschäftigen, 43 Ortsverbände mit 1510 Mitgliedern, die 40 218 Arbeiter beschäftigen. Das gibt eine Gesamtzahl von 127 Verbänden mit 1 593 04 Mitgliedern, die 3 648 679 Arbeiter beschäftigen.

Der sich durch große Zahlen verblüffeln läßt, der könnte vielleicht zu dem Schluß kommen: Die freien, kirchlich-und christlichen Gewerkschaften geben für 1908 eine Mitgliederzahl von 2 201 808 an, die organisierten Unternehmer dagegen beschäftigen 3 648 679 Arbeiter, also ist die Unternehmerorganisation stärker wie die Organisation der Arbeiter. Ein solcher Schluß wäre jedoch durchaus verfehlt, denn für die Stärke, das heißt die Kampfkraft einer Organisation ist nicht nur die Zahl maßgebend, sondern es sind noch eine Reihe anderer Umstände von wesentlicher Bedeutung. Vor allem kommt es auf die Aktions- und Schlagkraft an, und diese hat wiederum eine Einheitslichkeit der Organisation zur Voraussetzung. Daran aber fehlt es den Unternehmern noch sehr. Organisation gefachtet, ist sie von der Einheitslichkeit, von der Zentralisation noch weit entfernt. Da gibt es noch eine erhebliche Zahl, die sich nur über einen Ort oder Bezirk erstrecken, ohne engere Beziehungen mit den Berufsangehörigen anderer Orte zu haben. Ferner gibt es Verbände, welche für die Berufsangehörigen des ganzen Reiches bestimmt sind. Mit den Arbeiterorganisationen verglichen sind die ersten den Sozialdemokraten gleich zu stellen, während die letzteren ungefähr den gewerkschaftlichen Zentralverbänden entsprechen. Weiter haben die Unternehmer zwei Zentren: Den Verein deutscher Arbeitgeberverbände und die Hauptstelle der Deutschen Arbeitgeberverbände. Diese Zentren mögen ungefähr das sein, was die Generalkommission für die freien Gewerkschaften ist. Mit dem Unterschiede allerdings, daß den Zentren der Unternehmer, sowohl Reichsverbände als auch selbständige Landes-, Bezirks- und Ortsvereine, angeschlossene sind und viele dieser Einzelorganisationen noch fernere. Dem Verein deutscher Arbeitgeberverbände sind angeschlossen neun Bezirke, 13 Landes- und 23 Ortsvereine mit insgesamt 32 500 Mitgliedern,

die 1 400 000 Arbeiter beschäftigen. Der Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände gehören an 18 Bezirke, 14 Landes-, 18 Ortsvereine mit 6144 Mitgliedern, die 688 142 Arbeiter beschäftigen. In den beiden Zentralen sind demnach 88 044 Mitglieder mit 2 488 142 Arbeitern vereinigt. Das ist etwa 1/3 aller organisierten Unternehmer, aber etwa 1/2 aller bei organisierten Unternehmern beschäftigten Arbeiter. Es scheint also, daß die größeren Unternehmer mehr zur Zentralisation neigen wie die kleineren. Die beiden Zentren haben auch eine eigene Streitversicherung. Auch die Reichsverbände, die keiner Zentrale angeschlossen sind, geben an, daß sie eine eigene Streitversicherung besitzen. Ueber die Leistungsfähigkeit der Streitversicherungen erfährt man jedoch nichts, denn über die Kostenverhältnisse liegen keine Angaben vor. Von 11 anderen Verbänden wird angegeben, daß bei ihnen eine Streitversicherung vorgesehen ist.

Demnach haben sich die Unternehmerorganisationen in den letzten Jahren stark vermehrt. Das mußte man schon ohne die Angaben dieser angeschlossenen Statistik. Die Unternehmerorganisationen sind stark genug, daß die organisierten Arbeiter mit ihnen rechnen müssen, aber sie sind keineswegs so stark, daß die Gewerkschaften Ufchlag hätten, die Organisationen der Unternehmer zu fluchten. Auf jeden Fall aber sollen die Arbeiter beherrschten: Bereit sein, heißt alles!

Aus der deutschen Arbeiterbewegung. Johann Ostfinge.

Aus Hamburg kommt die traurige Kunde, daß der langjährige zweite Vorsitzende des Maurerverbandes, Ostfinge, in der Nacht zum Donnerstag gestorben ist. Der Verstorbene war seit 1897 in der Zentralleitung des Verbandes tätig. Ostfinge war auch Reichstagskandidat für den 1. Mecklenburgischen Reichstagswahlkreis.

Der Verstorbene ist ein Opfer hingebender Familienfürsorge geworden. Seine Tochter erkrankte an Typhus, sie pflegte er, und er wohnete die Zeit seiner Ferien diesem aufopfernden Vielesdienst. Dabei holte er sich selbst eine Typhusansteckung, der er erlag.

Die Maurerorganisation verliert in dem Verstorbenen einen ihrer tüchtigsten Mitkämpfer.

Der Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands

hat statistische Erhebungen über die Lebens- und Arbeitsbedingungen seiner Mitglieder veranstaltet, deren erster Teil kürzlich erschienen ist. Es waren 140 000 Fragebogen ausgegeben worden, von denen lediglich 81 000 ausgefüllt zurückkamen. Hier von mußten noch circa 2000 als unbrauchbar ausgeschieden werden, so daß 79 140 Bogen zur Verarbeitung blieben. Davon stammten 78 080 von männlichen und 8052 von weiblichen Mitgliedern. Hinsichtlich der Arbeitszeit wurde folgendes festgestellt:

Table with 4 columns: Arbeitszeit, Zahl der Beteiligten männliche, weibliche, Prozentsatz der Beteiligten männliche, weibliche. Rows include 8 Stunden, über 8-9, 9-10, 10-11, 11-12, 12.

Aus dieser Tabelle ergibt sich, daß der größte Teil sowohl der männlichen als auch der weiblichen Arbeiter 10 Stunden arbeiteten. Unter 10 Stunden arbeiteten 20 Proz. der männlichen und 27 Proz. der weiblichen Mitglieder; über 10 Stunden 14,4 Proz. der männlichen und 11,3 Proz. der weiblichen Mitglieder.

Die Entlohnung fand bei 55 608 = 76 Proz. der männlichen und bei 3678 = 60 Proz. der weiblichen Mitglieder in Zeitlohn, bei den übrigen in Akkord statt. Der Arbeitslohn, der pro Woche erzielt wurde, hatte unter Abrechnung von Ueberstunden und Sonntagsarbeit die folgende Höhe. Es verdienten pro Woche:

Table with 4 columns: Arbeitszeit, männliche Arbeiter absolut, weibliche Arbeiter absolut, männliche Arbeiter in Proz., weibliche Arbeiter in Proz. Rows include 8-10, 10-12, über 12-15, 15-18, 18-20, 20-25, 25-30, 30-35, 35.

Diese Tabelle zeigt, daß die Lohnverhältnisse bei den Fabrikarbeitern, besonders bei den Arbeiterinnen, noch recht traurige sind. Der durchschnittliche Wochenverdienst für alle Arbeiter beträgt 22,08, für alle Arbeiterinnen nur die Hälfte, nämlich 11,54 M. Nur 66 Arbeiterinnen erreichen einen Lohn von über 18 und nur 16 einen solchen von über 20 Mark. Das ist noch nicht einmal ein Prozent aller.

Sehr interessant ist die Feststellung, die die Arbeiter der Erhebung über den Zusammenhang zwischen Arbeitszeit und Arbeitslohn machen. Es zeigt sich auch hier wieder der alte Erfahrungssatz bestätigt, daß die am längsten arbeitenden Arbeiter die am schlechtesten entlohnten sind und umgekehrt. Folgende Aufstellung gibt darüber Auskunft:

Table with 4 columns: Tägliche Arbeitszeit, Beteiligte Personen, Durchschnittsverdienst pro Woche, Durchschnittsverdienst pro Stunde. Rows include 8 Stunden, 8 1/2, 9, 9 1/2, 10, 10 1/2, 11, 11 1/2, 12, über 12.

Der Lohn, der in einer bestimmten Arbeitszeit verdient wird, steht sonach in umgekehrtem Verhältnis zur Dauer der täglichen Arbeitszeit.

Internationale Rundschau. Die Finanzen der österreichischen Gewerkschaften.

In Oesterreich hat die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung in den letzten anderthalb Jahrzehnten bemerkenswerte Fortschritte gemacht, denn die Mitgliederzahl der Gewerkschaften stieg von 48 608 1892 auf 154 665 1903, 189 121 1904, 223 099 1905, 448 270 1906 und 501 094 1907; im Jahre 1908 ging sie auf 482 279 zurück. Die Zunahme betrug 1904 25,7 Proz., 1905 70,8 Proz., 1906 38,7 Proz., 1907 11,8 Proz., die Abnahme 1908 3,8 Proz. Die Zahl aller den Berufsorganisationen angehörender Arbeiter ist im Deutschen Reich, in den Vereinigten Staaten von Amerika, in Großbritannien und in Frankreich größer als in Oesterreich; aber in bezug auf wirtschaftlichen Einfluß stehen die österreichischen Gewerkschaften jenen in anderen Staaten keineswegs nach. Auch in finanzieller Hinsicht sind sie gut fundiert und leistungsfähig, was die Gebahrungsergebnisse in den Krisenjahren 1907 bis 1908 am besten beweisen. Doch können die österreichischen Gewerkschaftsfinanzen mit den deutschen oder den britischen nicht verglichen werden, da die von der österreichischen Gewerkschaftskommission in Wien herausgegebenen Berichte bloß über die Einnahmen und Ausgaben für statutarische Zwecke, sowie das hierfür vorhandene Vermögen, Auskunft gewähren. Ueber die Gebahrung der besonders vermalteten Widerstandsfonds liegen dagegen nur unvollständige Angaben vor.

Die Einnahmen und Ausgaben für statutarische Zwecke, d. h. für Unterstühtungen mit Ausnahme der Streit- und Gemäßigungsunterstühtung, für Streiks, Ausperrungen und Maßregelungen dürfen die österreichischen Gewerkschaften, dem Gejeze gemäß, keine Aufwendungen machen, für Rechtschutz, Agitation, Fortbildung und Verwaltung betragen:

Table with 3 columns: Jahr, Einnahmen Kronen, Ausgaben Kronen. Rows include 1904, 1905, 1906, 1907, 1908.

Wie die Einnahmen, so liegen auch die Ausgaben ununterbrochen und verhältnismäßig rasch selbst im letzten Jahre, als die Mitgliederzahl zurückging. Das ist vornehmlich durch die Ausgestaltung des Unterstühtungswesens veranlaßt worden.

Interessant ist die Verteilung der Ausgaben, wenn die von der Widerstandsfonds gezahlten Beträge für Streiks, Ausperrungen und Gemäßigungs unterstühtungen abgezogen werden. (Die Einnahmen der Widerstandsfonds sind nur für die Jahre 1907 und 1908 bekannt; 1907 betragen sie 3 872 071 auf 3,8 Mill. Kronen, 1908 auf 4,1 Mill. Kronen.) Die Gesamtausgaben der Gewerkschaften und der Widerstandsfonds verteilten sich in den Jahren 1904 bis 1908 folgendermaßen:

Table with 6 columns: Jahr, Streit- und Gemäßigungsunterstühtungen, Unterstühtungen für Streiks, Ausperrungen und Maßregelungen, Unterstühtungen für Rechtschutz, Agitation, Fortbildung und Verwaltung, Unterstühtungen für den Widerstandsfonds, Unterstühtungen für den Widerstandsfonds.

Table with 6 columns: Jahr, Streit- und Gemäßigungsunterstühtungen, Unterstühtungen für Streiks, Ausperrungen und Maßregelungen, Unterstühtungen für Rechtschutz, Agitation, Fortbildung und Verwaltung, Unterstühtungen für den Widerstandsfonds, Unterstühtungen für den Widerstandsfonds.

Table with 6 columns: Jahr, Streit- und Gemäßigungsunterstühtungen, Unterstühtungen für Streiks, Ausperrungen und Maßregelungen, Unterstühtungen für Rechtschutz, Agitation, Fortbildung und Verwaltung, Unterstühtungen für den Widerstandsfonds, Unterstühtungen für den Widerstandsfonds.

Als „andere Unterstühtungen“ sind Invalidenunterstühtung, Notfallsunterstühtung und Ueberstühtungskosten aufzuzählen. Die Ausgaben für Rechtschutz sind in die Ausgaben für Agitation, Verwaltung und Unterstühtung unterteilt. Der Anteil der Kosten der Ueberstühtung an den Gesamtausgaben schwankt zwischen etwa einem Zehntel im Jahre 1904 und einem Viertel 1906; es scheint, daß er eine beträchtliche Höhe nicht wieder erreichen wird, falls nicht die starkmachende Strömung in den Kreisen der Unternehmer an Stärke gewinnt. Auf Unterstühtungen aller Art (mit Ausnahme der Streit-, Ausperrungs- und Gemäßigungsunterstühtung) trafen 1904 42,5 Proz., 1905 84,7 Proz., 1906 20,7 Proz., 1907 31,7 Proz. und 1908 37,4 Proz. der Gesamtausgaben, auf Verwaltung und Sonstiges kamen in allen Jahren über zwei Fünftel bis nahezu die Hälfte. Diese Zwecke beanspruchen in Oesterreich vornehmlich mehr als in Deutschland und es ist nicht wie hier die Tendenz bemerkbar, daß die Ueberstühtungen an den Gesamtausgaben zurückgehen. Dabei hervorzuheben, daß die österreichischen Gewerkschaften ihre Ueberstühtungen in mehreren Sprachen veröffentlichen und die Ueberstühtungen in mehreren Sprachen führen müssen.

Das für statutarische Zwecke vorhandene Vermögen nahm überhaup seit 1904 beträchtlich zu; das auf ein Mitglied entfallende Vermögen ging aber bis 1908 zurück. Am Schlusse des Jahres 1904 war ein Vermögenbestand von 4 410 619 Kr. oder 28,82 Kr. auf ein Mitglied vorhanden; 1905 betrug er sich auf 5 887 828 Kr. (oder 16,68 Kr. auf ein Mitglied), 1906 auf 7 318 907 Kr. (16,75 Kr. auf ein Mitglied), 1907 auf 8 808 089 Kr. (18,21 Kr. auf ein Mitglied), 1908 auf 9 778 871 Kr. (20,69 Kr. auf ein Mitglied). Auf den Wuchererverband allein kamen von dem Vermögenbestand der österreichischen Gewerkschaften 1904 2 224 585 Kronen, 1908 3 154 805 Kr. Die Verminderung des auf ein Mitglied entfallenden Vermögens bis zum Jahre 1908 war in der Hauptsache die Folge des raschen Wachstums der Gewerkschaften. Die Widerstandsfonds aller Organisationen verflüchteten Ende 1908 über 2 648 871 Kr., die für Streiks, Ausperrungen und Gemäßigungs unterstühtungen standen.

Das Ende des schottischen Lohnkampfes.

Hamilton, den 18. August 1909.

„John Bull“ frechte sich hinter die Ohren, als er die Majorität von 455 881 Stimmen für einen Minner-Streit zählte. Und vor dieser Minnerorganisierte Arbeiter haben sich die feindlichen Bergwerksbesitzer von Schottland und auch die Regierung gezwungen, zu kapitulieren. Die neuen Vereinbarungen sind: Das Einigungsamt soll fortbestehen mit einem ständigen neutralen Schiedsrichter, dessen Bestimmungen sich beide Parteien zu fügen haben. Dieser hat auch über das spätere Lohnsteigen und -fallen die Stala auszusprechen. Sollten bei der Wahl des Schiedsrichters sich die Parteien nicht einigen, so soll er von dem Speaker of the House of Commons und dem Ministerium ernannt werden.

Die Vereinbarungen bleiben bestehen bis zum 1. August 1912, wenn von keiner Seite eine sechsmonatliche Kündigung eingereicht wird. Der Minimallohn soll 50 Pro. über den Stand von 1888 betragen, sechs Schilling pro Schicht. Beim Ausarbeiten der Stala darf der Schiedsrichter keinen niedrigeren Kohlenpreis für den Minimallohn ansetzen als 7 Schilling 5,45 Pence. Sollte in einem oder in mehreren Monaten der Preis nicht so hoch stehen, so haben bei späterem Steigen die Arbeiter 6 1/2 Proz. billiger zu arbeiten, als wie es ihnen zukommt. Die letzte Bestimmung bleibt nur bestehen bis zum 31. März 1910.

Wie ist der Lohnkampf entstanden? Bereits seit dem 11. April 1907 forderten die Vertreter der Arbeiter neue Vereinbarungen mit einem Minimallohn von sechs Schilling pro Schicht. Die Besizer wollten nicht darauf eingehen. Solange der Lohn nicht darunter kam, blieb es ruhig. Anfangs Mai 1909 forderten die Besizer 12 1/2 Proz. Reduktion. Sie versetzten sich auf die niedrigen Kohlenpreise. Die Preise, die sie am 11. Mai in der Sitzung des Einigungsamtes angaben, waren: März 6 Schilling 8 1/2 Pence, April 6 Schilling 6 1/2 Pence. Sie selbst hatten die Preise so weit heruntergetrieben. Trotzdem die Preise immer stärker auftrat, hat Schottland doch 1909 mehr Kohlen ins Ausland verkauft, als das Jahr vorher. Vom 1. Januar bis zum 24. Juli wurden verschifft ins Ausland: 1909 8 216 257 T., 1908 7 691 598 T. Auch im Monat Juni verschifft Schottland 1909 975 408 T., 1908 811 140 T. Außerdem verschifft Schottland nach London und anderen britischen Hafen im Monat Juni 1909 238 716 T., 1908 179 022 T. Die Zahlen beweisen, wie die Grubenbesitzer ihre Kohlen verschleudert haben.

Wie werden nun die Preise festgestellt, die dem Einigungsamt vorgelegt werden? Das ist sehr schwierig, denn jede Kompagnie hat ihre eigenen Preise und jede Kompagnie schiebt unter sich in der Zeitkontrakte ab. Nachdem die Preise aller Kompagnien zusammengestellt sind und der Preis der Feinkohlen mit verrechnet ist, wird der Durchschnittspreis festgestellt. Von diesem wird in Ufchlag gebracht: 1 Schilling 10 Pence bis 2 Schilling für Fracht, um die Kohlen zum Hafen zu befördern, 8 bis 10 Pence oder einen Schilling Ufchlag an die Landeigentümer. Liegt die Eisenbahn, auf der die Kohlen befördert werden, auf des Landeigentümers Grund, so erhält dieser noch zwei bis drei Pence pro Tonne extra. Ueberdem ziehen die Werksbesitzer so viel, noch von jeder Tonne ab, um die Unfallgelber zu decken. Was dann noch übrig bleibt, das nennen sie den Preis ab Bede, wonach die Abnehmer der Arbeiter geregelt werden. Um letzteres zu beweisen, bemerke ich: In der Einigungsamtsitzung am 6. April 1908 war Smithie von sechs Schilling Minimallohn sprach, erwiderte Mr. Mc. Tosh: „Wir haben zunächst in Betracht zu ziehen, wie hoch sich die Kosten stellen, die uns das neue Unfallgesetz auferlegt.“ Darauf Smithie: „Dann bin ich berechtigt, meinen Freunden im House of Commons mitzuteilen, daß die Arbeiter die Unfallkosten von ihrem Lohn zahlen müssen. Wir haben längst gedacht, daß es so ist, doch jetzt haben sie es zugegeben, daß es so ist.“ (Protokoll Seite 40). Das Ufchlagengesetz kam für die schottischen Besizer nicht in Frage, um hierauf die Lohnreduktion zu beantragen. Wir haben keine Verletzung der Arbeitszeit erhalten. Im Gegenteil, die Feind, die den Werken, um Leute zu fördern, von der Bergpolizei gegeben ist, (angeblich um Unglücksfälle bei der Seilfahrt zu vermeiden) gibt bereits jedem Arbeiter Gelegenheit neue Stunden vor der Kohle zu arbeiten. Jetzt, wo der Lohnkampf beendet ist, wird der Kampf beginnen, um das Gesetz richtig zur Ausführung zu bringen. Beschwerde ist bereits dem Staatssekretär unterbreitet.

Viele Kameraden in Deutschland werden jetzt denken, Schottland wäre das Land, wo Milch und Honig fließt. Ich warne einen jeden, der sein Geld nicht umsonst vereinen will, bleibe er, wo er ist. Hier sind Arbeitslose in Galle und Fülle. Auch an Feiertagen fehlt es nicht, hauptsächlich jetzt, meist auf allen Werken werden höchstens 2-3 Schichten gefeiert. Einige Werke stehen still und die Leute wissen nicht, wann sie wieder anfangen können. Die Feiertage werden so leicht nicht wieder aufhören, da die Maschinenarbeit immer mehr eingeführt wird. Wir haben hier schon Betriebe, wo ein Mann täglich sieben Tonnen Kohlen fördert und pro Tonne mit 10 Pence bezahlt wird. Dasse ist auch in England der Fall. Ich will nur einen Beweis anführen: Als am 11. März 1909 der Schiedsrichter Lord James of Hereford zu einer Sitzung des Einigungsamtes berufen war, um über eine Lohnreduktion von 5 Proz. zu entscheiden in den Midland-districten, appellierte Mr. Gnoch Edwards an das Humanitätsgesühl des Schiedsrichters, doch das wenige Einkommen der Arbeiter in Betracht zu ziehen, da sie nur drei Schichten höchstens verdienen, insofern höchstens 20 Schilling pro Woche verdienen. Als die Angabe bewieselt

wurde, bewies der Arbeitervertreter Mr. Smith-Bancafite durch Zahlen, das das Einkommen eines Arbeiters durchschnittlich 21 Schilling sei.

Nun, die deutschen Kameraden, heute, den 18. August, sind 20 Jahre seit des Westfälischer Delegiertentages verfloßen, wo ich die Ehre hatte, als Vorsitzender vorzutreten.

Die Arbeit in den italienischen Bergwerken.

Das italienische Arbeitsamt veröffentlichte in der zweiten Teil der Enquete über die Lage der Arbeiter in den Bergwerken und Steinbrüchen.

Die Arbeitsdauer unter Tag beträgt in der Mehrzahl der Fälle 8 Stunden. Ueber Tag wird im Sommer meistens 10, im Winter 9 oder 8 Stunden gearbeitet.

Knappschäftliches.

Ungehörte Zustände in der Knappschäftskrankenkasse der Kaisergrube in Gersdorf.

Bekanntlich ist für die sächsischen Bergarbeiter am 1. April v. J. ein Nachtrag zu den allgemeinen bergpolizeilichen Vorschriften in Kraft getreten, wo unter anderem mit bestimmt wird, daß ein Arbeitspunkt, an dem die gewöhnliche Temperatur mehr als 28 Grad Celsius beträgt, ein Arbeiter nur dann beschäftigt werden darf, wenn durch ärztliches Zeugnis (§ 163 Absatz 1 der B.M.V.) ausdrücklich festgestellt wird, daß er auch zur Arbeit vor solchen Verhältnissen tauglich ist.

Mißstände auf den Gruben.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Zeche Gutscher-Lippe (Schacht I und II). Fast scheint es, als ob jeder Musterpütt einen häßlichen Platz in der „Bergarbeiter-Zeitung“ beansprucht. Man sollte doch meinen, daß das Reklāmieren möglichst vermeiden werden könnte, indem man bessere Zustände schafft.

Zeche Dorffeld, Schacht II und III. Eine sehr imposante Persönlichkeit ist der Steiger Trippe. Hat ein Kumpel die erste Schicht wieder verlassen und will seinen Krankenschein ausgefüllt haben, so befiehlt Trippe denselben und weigert sich sogar, mit dem Schein wieder rauszurücken.

1. August ab die Kohlennummern der Kameradschaften mit 1 Pfg. pro Stück in Anrechnung gebracht werden, und zwar deshalb, weil angeblich in letzter Zeit so viele Nummern auf der Brücke herumgelegen hätten.

Zeche Gersdorf. Auf seiner Zeche dürften die Böhne in letzter Zeit so rapide gefallen sein, wie auf Garbenberg. Es wird reduziert, ob auf das bestehende Geblinde etwas verdient wird oder nicht.

Zeche Kassenwinkel. Die Mißstände häufen sich hier immer mehr an. Seit einiger Zeit ist es Sitte geworden, daß abends, wenn sich die Leute zur Ansahrt anstellen, immer noch Holz geferbert wird; dadurch beginnt die Seilschaft erst um vierzehnehalb Uhr.

Zeche Kaiserstuhl (Schacht II). Von dieser Zeche schreibt uns ein Kamerad: Eine zollfreie Ausbuchtung der Arbeiterkräfte findet jetzt in der Grube statt; ganz besonders auf Kaiserstuhl II.

Zeche Adnigsg. etc. Wenn man auf andere Beiden kommt, so findet man an hell beleuchteten Stellen, unter Glas eingeschramt, Tabellen angebracht, auf welchen sämtliche bergpolizeilichen Vorschriften zu lesen sind.

Zeche Levin. Auf diesem Bitt scheint es betreffend Unterstützung sehr kurios zuzugehen, wie man es am letzten Lohnstage bemerken konnte. Wieder einmal wurde eine Kollekte abgehalten.

Zeche Mansfeld. (Verächtigung). In Nummer 31 der „Bergarbeiter-Zeitung“ vom 31. Juli, Seite 5, befindet sich unter der Ueberschrift „Mansfeld“ eine Notiz, in der behauptet wird, daß die Zeche Mansfeld einen im vergangenen Jahre bei einer Schlagwetterexplosion verletzten Mann nicht einmal als Unfallsverletzten habe behandeln lassen.

Zeche Maria (Preußlich). Auf Grube Maria scheint man jetzt Kusche halten zu wollen. Hat man doch Ende Juli fünf Mann gekündigt. Die Gründe warum, waren sonderbarer Natur.

vorhanden gewesen sein, wie einwandfrei durch das Fehlen jeglicher Verletzung am Material festgestellt worden ist. Unter Berufung auf § 11 des Reichspreßgesetzes eruchen wir Sie, vorstehende Verächtigung zu veröffentlichen.

Zeche Mont Cenis, Schacht I und III. Am Dienstag, 10. August (Abtslag), wurden 24 Mann von der Morgenschicht die Unfallsverletzung erlitten, weil sie zu spät am Schacht erschienen waren.

Zeche Preussner. Am 2. August wurde auf dieser Zeche wegen Mangel an Abfall gefeuert. Am Nachmittag desselben Tages gingen kleine Beunruhigungen durch die Kolonie und forderten die Leute auf, das Nachts anzufahren, um Kohlen zu fördern.

Zeche Schmalz ins Osten. Diese Zeche benutzt die Kräfte, um die Arbeiter auf alle denkbare Art und Weise zu schikanieren.

Gannover, Braunschweig, Hessen-Lippe. Gewerkschaft Hedburg. Wie aus den Knochen der Bergarbeiter immer noch mehr herausgeschunden werden soll, zeigen die Verhältnisse auf dieser Zeche. Sieben Wochen hintereinander ist nun schon Montags gefeuert worden und Dienstag und Mittwoch wird dafür bis 1/2 Uhr gearbeitet, aber bezahlt wird nichts dafür.

Provinz Sachsen, Brandenburg u. Thüringen.

Aus der Grafschaft Mansfeld. Geradezu unhaltbare Zustände existieren hier auf dem Ri e w a n d s c h a c h t e. In den neuen Flächen gehen die Strebhauer auf drei Schichten. Es geht also Tag und Nacht. Nun müssen aber auch die Strecken nachgetrieben werden, und da haben nun die Strebhauer das Vergnügen, nach jedesmaligem Abtum der Schiffe in den Strecken eine Zeitlang Dynamitschwaden schlucken zu müssen.

Der Steiger Hedroth nahm bei der betreffenden Kameradschaft eine Beutelprobe. Er fragte die Jungen, von wem sie wäre, schrieb es auf und ging ab. Diese Beutelproben sollen nun aber in Gegenwart des betreffenden Hauers genommen werden, damit sich ein jeder von der Richtigkeit der Probeentnahme überzeugen kann.

Am letzten Zahltag sind auf den betreffenden Schächten wieder Löhne gezahlt worden von 2,52 Mk. an. Das sind Hauerlöhne, nicht etwa für Jungen von 16-17 Jahren. Ein Familienvater hat den ganzen Monat 54 Mk. zu verdienen, d. h. mit Frau und acht Kindern Monatslöhne von 60-70 Mk. sind sehr viel gezahlt worden.

Grube Maria (Preußlich). Auf Grube Maria scheint man jetzt Kusche halten zu wollen. Hat man doch Ende Juli fünf Mann gekündigt. Die Gründe warum, waren sonderbarer Natur. Drei Mann, weil sie gekündigt haben, warüher sich her Obersteiger geärgert hat. Ein

Man weiß er zu früh Schicht gemacht. Von einem anderen erzählt man, daß dessen Frau nicht habe waschen wollen. Dem letzten, weil man den Betrieb einschränken muß. Als Schreiber dieses am 14. August seine Arbeit beendete, machte er den Obersteiger darauf aufmerksam, daß doch keine Betriebsbeschränkung vorliegen könne, da man noch Leute angenommen hätte und von einem Teil der Belegschaft noch Überflüssigen verfahren ließe. Da sagte der Herr, man solle ihm die Antwort ersparen, da er sich in einen Wortwechsel nicht einlasse. Jedenfalls will man mit solcher Klügelungspraxis erreichen, daß die Belegschaft eingeschränkt wird, damit man wie im vorigen Jahre die Arbeitszeit verlängern und den Lohn drücken kann. Den einen Kameraden hat man während seiner Klügelungspraxis noch vor andere Arbeit gestellt, mit der Belegschaft: Wegen des schlechten Brandes. Der Kamerad hat nämlich die letzte Zeit viel mit schlechtem Brand zu tun gehabt und weil er darauf hingewiesen hat und Veränderung verlangte, brüht man ihm die Arbeit in die Hand. Am 12. August war die Nachmittagschicht wieder ausgefallen, weil die Förderung nicht ging. Die Arbeiter verlangten Vergütung, da diese nicht gewährt wurde, gingen die Kameraden nach Hause. Als sie anderen Tages kamen, wurde ihnen bekannt gegeben, daß zwei Mann gekündigt und die anderen mit 1,50 Mk. bestraft würden. Nun wurden die zwei gekündigten und noch ein anderer vorgestellt, worauf man alle drei kündigte. Die Folge war, daß der größte Teil der Nachmittagschicht hinging und selbst kündigte. Hieraus kann man erkennen, wie man den Streikstandpunkt heraushebt, aber immer hat es ein großer Teil der Kameraden noch nicht für nötig befunden, sich dem Verbande anzuschließen. Hoffentlich werden sie aus den letzten Vorkäufen die richtige Lehre ziehen und sich alle Mann dem Verbands anschließen. Auch möchten wir noch die Fragen an das Bergamt richten: Ist es erlaubt, wenn es nicht brennt, mit Karbidlampen zu arbeiten? Ist es Vorschrift, daß man Strecken 80 Meter lang auffährt und abbauen läßt, ohne eine Nebenstrecke zu haben?

Süddeutschland und Reichslande.

Saar- und Moselgruben. (Berichtigung.) In Nr. 27 Ihrer Zeitung vom 8. Juli d. J. befindet sich ein Artikel: „Ein Notruf der hiesigen Bergarbeiter“, dessen Behauptungen nach dem Ergebnis der seitens der Oberbergbehörde vom 28. Juni bis 8. Juli vorgenommenen Untersuchung nicht der Wahrheit entsprechen. Wir erlauben Sie daher auf Grund des § 11 des Preßgesetzes, nachstehende Berichtigung unverzüglich in denselben Teil der nächsten Nummer Ihres Blattes und mit derselben — gesperrt — Schrift aufzunehmen.

1. Es ist nicht wahr, daß der Obersteiger Krompeter in Flöz 24 und 25 der 287 Meter-Sohle auf Schacht V. Leute in Schlagwettern hat arbeiten lassen. Wahr ist dagegen, daß die Stelle, an der Leute gearbeitet haben, ausreichend bewettert gewesen ist. 2. Es ist unwahr, daß in dem Revier des Steigers Baig gearbeitet wurde, obwohl dort ständig alles voll Wetter war. Bei der Untersuchung durch die Oberbergbehörde ist vielmehr nicht der geringste Beweis dafür erbracht worden, daß Leute in Betriebspunkten gearbeitet haben, in denen Schlagwetter in mit der Sicherheitslampe erkennbaren Mengen gestanden haben. Wenn Unfallsuntersuchungen von Schlagwettern gefunden wurden, sind diese zuvor beseitigt oder die Arbeitspunkte gestundet worden. 3. Es ist nicht wahr, daß im Keller der 335 Meter-Sohle des Schachtes V. ein Anschläger angestellt ist. Wahr ist dagegen, daß für sämtliche Anschlägerpunkte Anschläger bestellt sind. Unwahr ist, daß zwischen dem oberen Anschlagpunkt und dem Keller zwei Fahrten vorgeschrieben sind. 4. Es ist nicht wahr, daß in dem Überbau in Flöz 21, wo sich die Schlagwetterexplosion ereignete, ständig Wetter gestanden haben. Wahr ist dagegen, daß nach dem Ergebnis der Unfalluntersuchung das Aufhängen noch in der Frühlicht des Unfalltages durchaus schlagwetterfrei gewesen und das Unglück höchstwahrscheinlich durch unwirtschaftliches Schlagen unter Verwendung verbotener Sprengstoffe durch den mitverantwortlichen Schichtmeister verursacht ist. 5. Bei der Untersuchung durch die Oberbergbehörde ist in keinem Fall nachgewiesen worden, daß Wetterkontrollurte nicht den richtigen Wetterzustand angegeben haben. Insbesondere ist unwahr, daß der Wettermann Hov auf die Wettertafel „rein“ geschrieben hat. Wahr ist folgendes: Hov traf einen Arbeiter auf Eingänge der Arbeit, die er besahen wollte und erhielt auf die Frage, wie das Wetter sei, den Bescheid, daß dort Schlagwetter ständen. Er glaubte unter diesen Umständen auf die eigene Feststellung verzichten zu dürfen und gab dem Manne ein Stück Kreide, um der Weisung, das neue Datum auf die Tafel zu schreiben. Hov nahm selbstverständlich an, der Mann würde die Tafel, die auf der einen Seite die Aufschrift „Rein“, auf der anderen Seite die Aufschrift „Feuer“ trägt, auch umdrehen. Unwahr ist ferner, daß vielfach Wettertafeln fehlen sollen. 6. Es ist nicht wahr, daß die Arbeit in Flöz 20, Revier 2, Abteilung 2 erst auf Protest der Vergleute eingestellt worden ist. Wahr ist dagegen, daß die Strecke sofort vorrückschrittlich gestundet und abgehängt wurde, als infolge Defektzustands des Sonderventilators Schlagwetter auftraten. 7. In Revier 1, Flöz 2, Ort 8. traten Brandgasen — keine Schlagwetter — auf, jedoch nicht in gefährlicher Menge. Der Betriebsführer und der Reviersteiger haben die Leute aufgefordert, die Arbeit zu verlassen, falls sie üble Folgen verspürten. Die Leute blieben indessen freiwillig bis zum Ende der Schicht in der Arbeit und wollten nachher an Schachte mit dem ersten Korbe ausfahren. Der Steiger Emich, der die Aufsicht bei der Selbsthat hatte, gestattete das nicht, weil die Leute mit dem letzten Korbe eingefahren waren und er die frühere Ausschift nur mit schriftlicher Bestätigung des Reviersteigers gestatten durfte. 8. Es ist nicht wahr, daß auf Schacht II in Betriebspunkten gearbeitet worden ist, die von dem Bergrevierbeamten gestundet waren. Wahr ist dagegen, daß der Revierbeamte bestimmte notwendige Arbeiten noch zugelassen hatte und nur diese noch ausgeführt wurden sind. 9. Es ist unwahr, daß auf Schacht VI, Revier 4, Flöz F gearbeitet wurde, trotzdem alles voll Wetter stand. Wahr ist nach Aussage der dort arbeitenden Leute, daß der Wettermann Besch hinter den Klappen Spuren von Schlagwetter fand und diese vor der Abfahrt der Leute beseitigte. 10. Es ist unwahr, daß der Schichtmeister Klatt entlassen wurde, weil er sich weigerte, in der Nähe von Schlagwettern abzuschließen. Er ist überhaupt niemals aufgefordert worden, an dergleichen Punkten zu schließen. Wahr ist dagegen, daß er entlassen wurde, weil er im April nur 14 und im Mai nur 16 Schichten verrichtete, im übrigen seinen Pflichten als Schichtmeister nicht nachkam, so daß sich die Hauer über ihn beschwerten, und schließlich, weil er in der Grube schlafend gefunden worden war. Hochachtungsvoll Saar- und Mosel-Bergwerks-Gesellschaft Glade. Postfach 90. NB. Wir bemerken noch zu Vorstehendem: Die Möglichkeit liegt vor, daß in einzelnen Fällen im Keller der 335 Meter-Sohle bei Beginn der Selbsthat kein Anschläger gewesen ist, wenn der abzuführende Anschläger gegen seine Anweisung mit dem ersten Korbe ausgefahren ist in der Erwartung, der ihn abführende Mann komme mit dem anderen Korbe herunter. Zwischen dem oberen Anschlagpunkt und dem Keller befand sich nur eine Fahrt; diese genügte auch, wenn die Leute, ohne zu drängen, heraus oder hinunterfahren. Der Wetterkontrollurte Franz Schmidt ist bestraft worden; er schäufte, zu Unrecht. Er gibt an, die Schlagwetter müßten sich erst nach seiner Revision eingestellt haben. Da diese Möglichkeit nicht ausgeschlossen war und Schmidt sich sonst als ein zuverlässiger Wettermann bewährt hatte, so hat man von seiner Entfernung von dem Posten eines Wettermannes Abstand genommen.

Zehe Saar und Mosel. (Schacht V.) Am 13. August ist der Aufbrüder am Stapel mitsamt dem Wagen stollen, den er auf den Reich geborgen wollte, in die Tiefe gestürzt und konnte nur mehr als Leiche geborgen werden. Wie wäre es aber möglich gewesen, daß der 18jährige Junge in den Stapel gestürzt wäre, wenn der Korb noch da gestanden hätte? Es wird uns mitgeteilt, daß in der Zeit, wo der Junge den geladenen Wagen herangebracht hat, der Steiger mit dem Korb in den Stapel hinuntergefahren sei! Wie aus diesem auf Wahrheit beruht, können wir nicht unteruchen. Das ist Sache der Behörde. Auch ist zu erwähnen, daß am 12. August die Eltern des Verunglückten von dem Unfall noch nichts wußten, während sich der Unfall nachmittags zwischen 2 und 4 Uhr ereignete.

Aus dem Kreise der Kameraden.
Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Schröder und Münter.
Wenn nicht alle Anzeichen trügen, wird das Wiederaufnahmeverfahren in Sachen Schröder, Meyer und Genossen aufgenommen werden. Es handelt sich um den bekannten Meineidsprozeß, der sich am 17. August 1898 vor dem Schwurgericht in Essen abspielte und der so verurteilt wurde für unsere Kameraden auszuweisen sollte. Wie die breite Öffentlichkeit damals das Urteil ansah, ist bekannt. Sie hat nicht nur die Schuld unserer Kameraden geglaubt. Dennoch, unsere Kameraden haben die harten Strafen abgestrichen.

Münter wurde verurteilt, war, bald hier, bald dort und hat sich schließlich Dinge erlaubt, die ihn, mit den Verurteilten in Konflikt gebracht haben. Das ist auch die Veranlassung, warum der damalige Verteidiger Schröder, Herr Rechtsanwalt Meißner in Essen, das Wiederaufnahmeverfahren anstreift. Dr. Meißner stellt seinen Antrag darauf, daß gegen den damaligen Hauptzeugen, Gendarmerie-Münter, jetzt ein Disziplinerverfahren eingeleitet worden ist, weil er es unternommen haben soll, Zeugen zu unwahren Aussagen zu verleiten, weil er andere Zeugen veranlaßt haben soll, falsche eidesstattliche Versicherungen abzugeben und weil er den Versuch gemacht hat, Zeugen zu beeinträchtigen. In diesem Verfahren kam auch zur Erörterung, daß Münter neben seinem fremde Rechtsangelegenheiten besorgte und daß er in diesen von ihm besorgten Angelegenheiten als Zeuge immer eine höchst merkwürdige Rolle gespielt habe. Auf Grund dieser Feststellungen, die die Glaubwürdigkeit Münters erschüttern, hat der Schwurgericht damals sein Urteil gefällt, zu erschüttern und die Freisprechung der Angeklagten, von denen mehrere längst gestorben sind, herbeizuführen.

Aus Anlaß dieser Mittelzu verdient daran erinnert zu werden, daß bereits ein Jahr nach der „Lügen Offener Prozeß“, im Jahre 1898, in einem Verleumdungsprozeß gegen die „Rheinische Zeitung“ die Qualitäten des Gendarmen Münter beleuchtet wurden. Es wurde in diesem Prozeß durch Zeugen festgestellt, daß der Gendarm Münter zu einem Holzhändler in Bochum, dem ein Pferd gestohlen war, hingegangen ist mit der Angabe, er habe den Dieb entdeckt und verfolgt und ihn nach der Ergreifung verprügelt. Er legte dem Holzhändler nahe, daß er durch die Sache Auslagen gehabt habe. Auf diese Weise erhielt er von dem Besitzer des Pferdes 50 Mk. Geld. In Wirklichkeit hatte Münter den Pferdieb gar nicht gesehen, sondern ein Vergnügen entdeckt ihn. Als der Holzhändler den Schwund erfuhr, mußte Münter die 50 Mk. herausgeben. Der betr. Postabschnitt lag dem Gericht vor. Münter hatte sogar einem Bochumer Kaufmann gegenüber renomméiert, er habe bei der Verfolgung des Pferdiebes von dem Revolver Gebrauch gemacht und den Dieb vom Pferde hinuntergeschossen. Wie in dem Prozeß der Zeuge Dr. Mülligenau von der „Rheinisch-westfälischen Arbeiterzeitung“ bekundete, hatte kurz vorher in einer Verhandlung gegen ihn als verantwortlichen Redakteur dieses Blattes das Gericht es als festgesetzt erachtet, daß Münter mit seinem Eideschwur unehrlich umgehe. Wegen Münterbelädigung waren damals verurteilt worden der Redakteur des „Vorwärts“ zu vier Wochen, der Redakteur des Dortmund-Parteiblattes zu zwei Wochen und der Redakteur der „Bergarbeiterzeitung“ zu zehn Tagen Gefängnis. Die Kölner Strafkammer aber setzte den Zeugen Münter infolge des Verlaufes der Beweisaufnahme, dergleichen im Werte herunter, daß sie den verantwortlichen Redakteur der „Rheinischen Zeitung“, Hofrichter, zu nur 50 Mk. Geldstrafe verurteilte.

Die Presse hat im allgemeinen mit Genugtuung von dem Vorhaben Meißners Notiz genommen. Die Folge ist, daß sich nunmehr neue Zeugen melden, die bisher aus Furcht, des Schicksals Schröder und Genossen teilen zu müssen, geschwiegen haben. So wurde der „Dortmunder Arbeiterzeitung“ von einem auswärtig wohnenden Arbeiter folgender Brief zu Verfügung gestellt, der uns im Original vorliegt. Der Brief hat folgenden Inhalt:

„Nachdem ich soeben in einer hiesigen Zeitung gelesen habe, daß das Wiederaufnahmeverfahren in Sachen Schröder, Meyer und Genossen beantragt ist, stelle ich mich Ihnen als Zeuge zur Verfügung. Ich habe damals in Gernie in Arbeit gestanden und war in Gernie in der Versammlung anwesend. Ich habe den Vorfall aus aller nächster Entfernung, indem ich der Sanktion gegenüber saß, mit beobachtet. Als Zeuge der Verhandlung vor dem Schwurgericht stand, war ich in Marienbad in Bohmen in Stellung. Ich habe dann erst später erfahren, weshalb Schröder und Meyer verurteilt worden sind. Mich hielt damals die Furcht, auch in's Zuchthaus zu kommen, davon ab, mich zu stellen. Aber jetzt, wenn der Fall nochmals zur Verhandlung kommen sollte, drängt mich mein moralisches Ehrgefühl, der Wahrheit zu helfen, daß sie an's Licht kommt. Denn ich habe ganz genau gesehen, wie Schröder vom Gendarm Münter ins Genie geschossen wurde und als Schröder sich halb aufgerichtet hatte, nochmals einen Stoß erhielt. Münter hatte dieses abgestritten und da Schröder und Genossen das Gegenteil behauptet hatten, erfolgte die Verurteilung. Die ganzen Vorgänge kann ich heute noch genau so angeben, wie vor 14 Jahren.“

Das Beste ist, daß sich noch über einen anderen Kronzeugen, der gegen Schröder auftrat, die Wollen zusammenballen, so daß in Aussicht steht, daß es zum Wiederaufnahmeverfahren kommen wird.

Sue und Wagner.

Wir können den Kameraden die erfreuliche Mitteilung machen, daß sich das Befinden der beiden Kameraden gebessert hat. Die Befinnung kehrt bei Sue mehr und mehr zurück, so daß die Ärzte auf völlige Genesung hoffen. Zu seiner völligen Genesung dürften aber noch viele Wochen vergehen. Wagners Krankheit verläuft normal.

Der gefährliche Bergarbeiterverband.

Am 15. August feierte der Bergarbeiterverband in Schraplau ein Fest. Geplant war auch ein Umzug, der aber nicht genehmigt wurde, trotzdem man versprach, daß alles in bester Ordnung ablaufen würde. Der Vertrauensmann des Verbandes legte Beschwerde beim Landrat zu Giesleben ein und genau am 15. August erhielt unser Kamerad folgenden Bescheid und der Verband folgendes Zeugnis ausgestellt:

Der königliche Landrat.
Zu No. 5255 I
Giesleben, den 13. August 1900.
Ihre Beschwerde vom 3. d. M. gegen die Verfügung der Polizei-Verwaltung zu Schraplau, durch welche den Mitgliedern der Zahlstelle des Bergarbeiterverbandes der Umzug durch die Straßen der Stadt Schraplau am 15. d. M. untersagt wird, weise ich als unbegründet zurück.

Gründe.

Die Polizei-Verwaltung zu Schraplau hat den Umzug gemäß § 7 des Reichsvereinsgesetzes unterlag, weil aus der Veranstaltung derselben Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu befürchten steht. Die Straßen der Stadt Schraplau sind, wie die Polizei-Verwaltung daselbst ausführt, dergleichen einge, daß mit Rücksicht auf die öffentliche Sicherheit ein Umzug nur ausnahmsweise bei außerordentlichen Gelegenheiten gestattet werden kann. Allerdings hat der Kriegerverein, die Schützengesellschaft, die Feuerwehrgesellschaft und der Adhapher-Verein, Frisch auf's Genehmigt zum Umzuge erhalten, doch diese Vereine weisen nur eine geringe Teilnehmerzahl einheimischer oder meist einheimischer Mitglieder auf. Die Zahlstelle des Bergarbeiterverbandes dagegen umfaßt eine größere Zahl meist auswärtiger Mitglieder, die außer in Schraplau in den Orlagassen Städten, Esperstedt, Albersdorf usw. wohnhaft sind. Bei dem in Frage kommenden Umzuge muß daher mit einer größeren Teilnehmerzahl gerechnet werden. Auch bietet der Bergarbeiterverband keine Gewähr dafür, daß bei dem Umzuge die nötige Ordnung aufrecht erhalten wird. Hierzu kommt, daß allgemein bekannt, daß der Bergarbeiterverband ein sozialdemokratischer Verein ist und daß allgemein angenommen wird, daß der Bergarbeiterverband durch den Umzug nur Propaganda für die sozialdemokratische Partei machen will und daß bei den in Schraplau bestehenden sehr gespannten Verhältnissen zwischen den bürgerlichen Parteien und der sozialdemokratischen Partei im

Falle des geplanten Umzuges Ausschreitungen und Unruhen zu befürchten sind.
Diese Gründe müssen als zutreffend anerkannt werden. Somit rechtfertigt sich die Zurückweisung der Beschwerde.
J. W. Brechtling, Kreissekretär.

Am den Vertrauensmann des Bergarbeiterverbandes Zahlstelle des Stedten Herrn Johann Peterhofn zu Stedten.

Nur stillvergnügt können mit diesen Bescheid durchlesen. Also die anderen Vereine können das Plaster Schraplaus treten, aber beim Verbande wäre möglich, daß nach Schraplau die Mitglieder des Bergarbeiterverbandes aus Stedten, Esperstedt, Albersdorf usw. — etwa wohl auch aus Oberschlesien, Oberbayern, Westfalen, Lothringen kämen? Dann bietet der Verband keine Gewähr dafür, daß die nötige Ordnung im Umzuge aufrecht erhalten wird. Wo hat der Landrat diese Wissenschaft her? Und woher weiß er, daß der Verband ein sozialdemokratischer Verein ist und er durch den Umzug eine Agitationstour für die sozialdemokratische Partei inszenieren wollte? Ach, wir fragen da viel zu viel. Sehr lange, wohl für immer mühten wir auf eine Antwort warten, darum verlangen wir garnicht einmal eine Antwort. Aber das eine möchten wir dem Landrat doch sagen: Sätte der Umzug stattgefunden, der Verband hätte für die Ruhe seiner Leute jederzeit garantirt. Könnte der Landrat oder der Bürgermeister auch für die Ruhe der Schraplauer Bürger garantieren, dann war alles gut. Aber nach früheren Bestritten, so aus Giesleben, fürchtete der Herr Landrat wohl für Ausschreitungen der Schraplauer Bürger. Nun, dann wollten wir solange warten, bis Bürgermeister und Senat die Schraplauer Bürgergesellschaft (soweit erorganisiert) haben, daß diese auch organisierten Arbeiter gähnen, was sie für sich selbst in Anspruch nehmen. Oder sollten die Schraplauer Bürger etwas zu schrecklich dargestellt sein?

Neues vom „Feierabend“.

Wir lesen im Hüller „Volksblatt“:
„Der um das Wohl der arbeitenden Volksklassen angeeignet so besorgte Herr Meyer in Leipzig, in dessen Besitz sich das berühmte „Wohlfahrtsunternehmen“ „Feierabend“ befindet, wird auf „kleine“ Mängel in seinem Versicherungsgeschäft hingewiesen, damit er in der Lage ist, die bessere Hand anlegen zu können. Ganz wie die Wohlfahrt des arbeitenden Volkes es erfordert.
War da eine Familie in Halle seit sieben Jahren Abonementin des eben „Feierabend“. Sieben lange Jahre hindurch zahlte sie treu und brav ihren Versicherungs- und Abonementsbeitrag in der Zuversicht, daß, wenn ja einmal das Unglück in Gestalt eines Unfalles in der Familie eintreten sollte, der gute Meyer in Leipzig schon mit seinen Unterstellungen einspringen werde. Das Unglück kam. Im vorigen Winter wurde das Familienoberhaupt, wie zahllose andere, arbeitslos. Der Mann hatte aber „Wohlfahrt“ und wurde bei der städtischen Müllabfuhr angenommen. Aber nur zwei Tage konnte er diesem Verdienste nachgehen. Bei dem ungewohnten Mehl ereilte ihn ein Unfall; ein eiserne Müllkasten fiel ihm auf die Brust und flügte innere Verletzungen herbei. Der Mann kam ins Krankenhaus und wurde nach etwa sechs Wochen als geheilt entlassen. Bei Arbeiten heilte bekanntlich schnell und vollständig. Aber es war ein Haken bei der Heilung. Zwar hatte der Arzt des Elisabeth-Krankenhauses den Wiederhergestellten als vollständig geheilt entlassen, nichtsbewogener aber bemerkte, daß dieser nur für leichte Arbeit voll brauchbar sei. Es sei eingeschaltet, daß der angeblich völlig Geheilte heute noch Schmerzen in der Brust verspürt, besonders wenn er sich auch nur irgendwie anstrengt. — Wo nur aber im Winter während der kaltesten Arbeit greifen würden, wenn sie sich ihnen nur bieten wollten?
Aber was hat man so lange an den „Feierabend“-Verlag bezahlt? Ein Unfall liegt vor, der dauernde Schaden macht sich nicht den Verunglückten nur zu quälend bemerkbar, also wird dem „Feierabend“ der Fall gemeldet, bald nachdem das Unglück geschehen. Der Verlag gibt sich wie bekanntlich solchen Sachen nicht ab, dafür ist die Thüringer Lebensversicherungsbank das. Deren Antwort — ein gedrucktes Formular — ist charakteristisch genug, um einmal wiedergegeben zu werden.
Wir empfangen die Anzeige über den Ihnen zugefügten Unfall und übersehen Ihnen hierüber unter Vorbehalt unserer Rechte ein Schaden-Ausschüttungsformular mit dem Geschieden, das selbe auszufüllen und umgehend an uns direkt nach hier einzuschicken.
Hochachtungsvoll!
Münchberger Lebensversicherungs-Bank.“

Man beachte: Unter Vorbehalt unserer Rechte! Von diesem Augenblick an beginnt die — sagen wir — Vorsicht des „Feierabend“-Verlages auch für den Abonementen, offensichtlich zu werden. Während in der Versicherungs- und Abonementsbedingungen, alle Kaufsinn und Gültigkeit mit einem Brimborium wohltauernder Redensarten verbrämt sind, sagt man von der Minute an, wo der Abonement nicht mehr als Geber, sondern als Förderer auftritt, die Wahrheit davon, daß es sich um ein Geschäft im üblichen Sinne des Wortes handelt. — Nun, was verlangt wurde, ging an die Bank. Ein paar mal pendelten Frage und Antwort hin und her. Letztes wurden verlangt usw. Schließlich hieß es am 11. Mai:
„In Ihrer Schadensache haben wir festgestellt, daß Ihr Unfall vom 7. Januar 1900 eine vorrücksichtlich lebenslanglich dauernde Invalidität zur Folge gehabt hat.“
Da sich die Versicherung der „Nach Feierabend“-Abonementen u. a. auf die infolge Unfalles zurückgebliebenen Lebensfähigkeit der dauernde Erwerbsbeschränkung erstreckt, so haben wir keine Verpflichtung, Ihnen im vorliegenden Falle eine Ersatzabfindung zu zahlen.
Die Frage, ob die sonstigen Versicherungsbedingungen erfüllt sind, kann unter diesen Umständen unerörtert bleiben.
Hochachtungsvoll!
Münchberger Lebensversicherungs-Bank.“

Es ist immer dieselbe Geschichte: Verlag und Versicherungsbank haben recht und der Versicherte bzw. Abonement unecht. Eine dauernde Invalidität ist nicht festgestellt, ergo, Abonement, bekommt du nichts. Fragt man sich, wie es möglich ist, einen Mann, der infolge Unfalles dauernde innere Schmerzen verspürt und nur noch zu leichter Arbeit fähig ist, als nicht beschränkt in seiner Erwerbsfähigkeit zu erklären, bangt es nur die eine Antwort: Er ist nur ein Arbeiter!
Was es mit der einseitigen Renommisterei von den angeblich bisher vom „Feierabend“ ausgezahlten sechs Millionen Mark auf sich hat, bemerkt u. a. die Tatsache, daß nach nicht der dritte Teil der beim Verlag angemeldeten Unfälle eine Entschädigung erhielt, d. h. wenn die vom „Feierabend“ selbst angegebenen Zahlen richtig sind. Und wir haben keinen Anlaß, diesen Angaben mehr zu glauben, wie jeder andere Reflekt. Von rund 200 000 angemeldeten Unfällen sind zwischen 40 000—50 000 berichtigt worden. Mehr kann selbst der Verlag nicht herausrechnen. Gegenüber den wenigen, die der Reflekt wegen einer Entschädigung erhielten, stehen die vielen Enttäuschten, die nichts bekommen. Das muß doch selbst dem Vertrauensvollsten die Augen öffnen!
Die erwähnte Familie will nun natürlich nichts mehr von ihrem Leib- und Wagenblatt seit sieben Jahren wissen. Sie erkennt, daß es weggepörsenes Geld ist, welches sie dem „Feierabend“ zuwandte. Viele Erkenntnis bringt aber allmählich in immer weitere Kreise und macht die Sache des „Feierabend“ und „Volkshort“ schwieriger als vordem. Die Anreißer und Vermittler des „Feierabend“ mühen sich die Hoden abzulaufen. So stellte sich bei der geschädigten Familie kurz nach Beilegung ihrer Ansprüche ein Agent ein, um sie als Abonementin des „Feierabend“ zu gewinnen. Er ist aber heil auf der Straße angelangt.
Hoffentlich warten nicht alle Arbeiter und Arbeiterinnen, die ein bezahltes Blatt hatten, die gleichen traurigen Erfahrungen ab, sondern besinnen sich vorer, daß solches Schandzeug, wie der „Feierabend“ oder der „Volkshort“, nicht in Arbeiterfamilien gehört!
Bornehmlich wird der „Feierabend“ auch in Bergarbeiterkreisen gelesen. Und die Bergarbeiter sind es, die sich in die übelsten Erfahrungen mit der Zeitungsbank abonementenversicherungen machen müßten. Wenn doch die Bergarbeiter endlich die rechte Lehre daraus zögen!

Oberbergamtsbezirk Breslau.
Berggewerbegerichtsbeirwahlen in Oberschlesien.
(Schöner Erfolg des Bergarbeiterverbandes.)

Am 13. August fanden hier die Wahlen der Berggewerbegerichtsbeir statt. Bis jetzt sind folgende Nachrichten an das Verbandsbureau gelangt:

1. Steinkohlenbergwerk Fleißhämig (Waldschacht).
 Es erhielten:
 Sauer Paul Folt 188 Stimmen
 Vincent Chwalczyk 87
 Summa 275 Stimmen.

2. Steinkohlenbergwerk Königin Luisegrube (Bermannschacht).
 Wagenführer Paul Eichy 228 Stimmen
 Oberhauer Adler 4
 Uffcher Vorol 1 Stimme
 Summa 233 Stimmen.

3. Steinkohlenbergwerk Königin Luisegrube (Strugschacht).
 Sauer Carl Meißner 187 Stimmen
 Uffcher Hellmich 0
 Ruhner 0
 Summa 187 Stimmen.

4. Steinkohlenbergwerk Kurzw.
 Fischer Wolf 86 Stimmen
 Sauer Fr. Smytzel 80
 die Bechensandidaten 19
 Summa 185 Stimmen.

Das sind die Resultate der Wahlen von 185 fiktionalen Beche. Was die Wahl auf der Beche Kurzw anbelangt, so ist gegen die Wahl beim Oberbergamt Beschwerde erhoben worden, weil die Mittagsfrist, also diejenige Vergleute, welche von 12-2 Uhr nachmittags einfahren, nicht an der Wahl teilnehmen konnten. Unser Verband hat von den auf den vier Bechen abgegebenen Stimmen 588 erhalten, die Hirsch-Dunder 86, die Bechensandidaten 24 und die Berliner Sacharbeiter 19 Stimmen. Auf drei Bechen hat unser Verband gesiegt.

Zwei Bescheide.
 Oberschlesien liegt nicht in Sinter-Schula, weder am Nord, noch am Südpol. Oberschlesien ist eine preussische Provinz. Wer das nicht glaubt, der lese die beiden Bescheide gefälligst durch:
 „Schyglowik, O.Schl., den 16. Juli 1909.
 An Herrn Franz Nijmann,
 Bezirksleiter des Verbandes der Bergarbeiter,
 in Zabrze.“

Nachdem die Gemeindevorstellung von Kriemald einstimmig mich ersucht hat, die von Ihnen einberufene Versammlung zu verbieten, da „größerer Ansehen zu bestreben sind“, und nachdem ich auch weiterhin auf Grund von zuverlässigen Informationen die Gewissheit erlangt habe, daß es bei dieser Versammlung zu ersten Unruhen und Tätlichkeiten kommen wird, sehe ich mich im Interesse der öffentlichen Ordnung veranlaßt, die Genehmigung zu der für Sonntag den 16. d. M. nach Kriemald einberufenen Versammlung zurückzuziehen.
 Der Amtsvorsteher, Ubrecht.
 „Schyglowik, O.Schl., den 8. August 1909.
 An Herrn Franz Nijmann,
 Zabrze, S. II, Gartenstraße 27 I.“

Auf Ihre Eingabe vom 18. Juli er. teile ich Ihnen hierdurch ergebenst mit, daß die Verhältnisse in Kriemald sich seit meinem Bescheide vom 16. Juli nicht geändert haben und ich daher auch die von Ihnen nachgesuchte Genehmigung zu einer Bergarbeiterversammlung am 22. August er. im Interesse der öffentlichen Sicherheit verweigern muß.
 Der von Ihnen angezogene Vergleich mit Paulsdorf, Neuborf, Chorzow trifft insofern nicht zu, als es sich dort um vorwiegend von Bergarbeitern bewohnte Ortschaften handelt, während Kriemald nur wenige Bergarbeiterfamilien besitzt und die Interessen der hiesigen Einwohner andere als die von Ihnen vertretenen sind. Ich befürchte mich in dieser Auffassung in Uebereinstimmung mit einem von der Gemeindevorstellung Kriemald neuerdings gefassten Beschlusse.
 Der Amtsvorsteher, Ubrecht.
 „Schyglowik, O.Schl., den 8. August 1909.“

Da erfahrungsgemäß die Verbändler keinen Anlaß schlagen, Mängel und Täuschungen nicht provozieren, muß die ganze Kriemaldsche Bevölkerung einen sichtbar schlechten Bekanntheit bei ihrem Amtsvorsteher haben. Oder sollten auch sie von den gekrönten Herren verdammt sein? Wie lange wird es noch dauern mit der Verhinderung der Arbeiter und wie lange werden sich deutsche Arbeiter vor den Verbänden das Verleumdungsgesch noch blauforschen machen lassen müssen? Wie lange noch?

Mystik. Wie die Kapitalisten die gewerkschaftliche Bewegung zu hemmen versuchen. Seit einiger Zeit versuchen die Führer der Bergarbeiterbewegung, endlich auch hier, nicht an der ruffähigen Grenze, festen Fuß zu fassen. Einige mutige Kameraden erdickten sich auch, das polnische sozialdemokratische Parteiblatt in Anspruch zu nehmen, um die Mißstände auf unserer Grube zu kritisieren. Der Herr Bergdirektor Feitsch, der selbst aus dem Arbeiterstande hervorgegangen ist, war darüber sehr böse und er brütete Rache. Er selbst hat es dann unternommen, den Verbrecher ausfindig zu machen, und wie er glaubt, ist ihm dies auch gelungen. Es arbeitete hier einer aus Kattowitz, der ein „Koter“ ist, der mußte es sein. Am 21. v. M. kam er zu unseren Kameraden, fragte ihn nach Namen und Wohnort und erklärte: „So, da arbeiten Sie noch Ihre 14 Tage und dann suchen Sie ich Arbeit, wo kein Wasser auf der Grundstrecke ist!“ Unser Kamerad zog es vor, sofort den Schmutz von seinen Streifen abzuschütteln und sich anderwärts nach Arbeit umzusehen. Wenn aber der Herr Direktor denkt: jetzt habe ich den Haupthebel fort und die Leute werden sich nicht mehr rühren, so irrt er sich. Unser Kamerad ist gegangen, andere kommen an seine Stelle und die Bewegung wird nicht ausgehalten. So rufen wir jetzt durch diese Zeitung den Herrn Einspänner Schmalz zur gründlichen Revision der ganzen Grube und besonders der 350 Meter-Sohle, deren Betriebsführer Herr Oberleiter Waller ist. Begehrenfalls werden wir das Oberbergamt um Abschaffung der Mißstände ersuchen. Wir wollen außerdem so vorwiegend sein und den Herren den Weg zeigen. Sie mögen vom Schacht B 350 Meter-Sohle mit der Führung zum Gesenk beginnen und die Barrieren auf ihre Vorrichtungsmöglichkeit prüfen. Dann vom Schacht A 250 Meter-Sohle Stoß 3 auf Bremsberg 3 gegen Osten und dem dritten Zugang von 350 Meter-Sohle nach Oberflöz mit der Führung am Automatenbremsberg. Und wenn Herr Schmalz die Mißstände nicht findet, so soll er nicht mit Herrn Oberleiter Waller, sondern allein ununterbrochen die Grube besichtigen. Wie es sonst auf der Grube zugeht, dafür noch folgendes Beispiel: Ein Bergarbeiter ist innerhalb 17 Jahren eine Schicht ohne Verdienst ausgeblieben. Er wurde rückwärtslos bestraft. Auf seine Beschwerde beim Direktor erhielt er etwa die Antwort: „Gätten Sie nicht gekauert, so hätten Sie jeden Monat Feiertage genossen.“ Sie haben aber gut, deshalb kommen sie zu jeder Schicht und faulenzien.“ Für heute wollen wir schließen; der Herr Direktor mag sich damit trösten, daß die Bewegung trotzdem, wenn auch langsam, aber sicher vorwärtsgehen wird.

Süddeutschland und Reichslände.
Glanzender Sieg des Bergarbeiterverbandes in Oberbayern.

Der Verband marschiert. An anderer Stelle zeigten wir, wie es dem Verbande geglückt ist, auf preussischen fiktionalen Schächten in Oberschlesien bei den Vergemeinderichtswahlen große Erfolge zu erzielen. Aber gegen Schluß der Reaktionen erhalten wir aus Weidenberg in Oberbayern die erfreuliche Nachricht, daß die Königlich Bayerischen Bergarbeiter auf dem fiktionalen Wert in Weidenberg dem Verband zu neuen Siegen verholpen haben. Bei der am 18. August getätigten Knappschafwahl, die zum ersten mal auf Grund des Proporzprinzips, erhielt der Verband 11 Mandate, der schwarze gelbe Kubdelmüßdel ein Mandat. Ein Bravo den Weidenbergern!

Freie Arztwahl für den Knappschafverein Frankenholz.

Es ist eigentümlich, daß in den Ortskrankenkassen, deren Leitung in den Händen der organisierten Arbeiter liegt, die Herren Ärzte einen rücksichtslosen Kampf für die unbeschränkte und unbedingte freie Arztwahl und in diesem Kampfe sogar von den Werksärzten und Knappschafärzten unterstützt werden, während diese gar nicht daran denken, auch für diese Klassen selbst nur die bedingte freie Arztwahl zu fordern. Das ist ein klaffender Widerspruch und ist die Lösung dieses Widerspruchs sehr einfach und sogar sehr einleuchtend. Während die Ortskrankenkassen ihre Krankenzahl nach der Zahl der von ihnen behandelten Patienten honorieren, erhalten die Knappschafärzte eine

Vaultsumme nach der Kopfzahl ihrer Sprengelmitglieber. Ein Knappschafsprengel im Bochumer Knappschafverein z. B. umfaßt 1000 bis 1500 Knappschafmitglieber, vielfach noch mehr und für jedes Knappschafmitglied erhält der Sprengelarzt jährlich 4 Ml. — früher nur 3 Ml., aber die „christlichen“ Vorstandskollegen haben den Herren Knappschafärzten anlässlich der Teuerung vor 2 Jahren 1 Ml. Zulage bewilligt, zu einer Zeit, wo die armen Vergleute sich Lohnverdüblerungen gefallen lassen mußten. — Also jährlich 4—6000 Ml., gleichviel, ob ein Mitglied krank feiert oder nicht. Ein solcher Sprengelarzt, der nebenbei noch Privatpraxis betreiben darf, hat eine „gesicherte Existenz“. So liegen die Verhältnisse durchweg im Knappschafswesen. Die Mitglieder sind angewiesen, den einen Arzt ihres Sprengels zu konsultieren, ob sie Zutreten zu ihm haben oder nicht.

Schlimmer liegen die Verhältnisse noch in den kleinen Knappschafvereinen, wo für den ganzen Verein nur ein „Vertrauensarzt“ angestellt ist, den sämtliche Vereinsmitglieder konsultieren müssen. Einen solchen „Vertrauensarzt“ hat auch der Frankenhölzer Knappschafverein, der zwar das Vertrauen der Werkverwaltung, nicht aber das der Mitglieder besitzt und dazu für viele Mitglieder zu ererntet wohnt. Wegen dieses System herrscht unter den Vergleuten längst starke Unzufriedenheit, die noch durch vielfache Klagen über schlechte Behandlung seitens des „Vertrauensarztes“ und dem eigenartigen Auftreten des Herrn Schichtmeisters von Frankenhölz noch gesteigert wurde. Zwei öffentliche Bergarbeiterversammlungen, die eine am Sonntag in Waldmohr, die andere am Dienstag in Frankenhölz, beschäftigten sich mit diesen Zuständen und wurde in beiden Versammlungen lebhafteste Klage geführt. Scharf verurteilt wurde, daß bei allen Untersuchungen, wo es sich um Feststellung der Arbeitsunfähigkeit und damit um Erlangung der Knappschafpension handelte, der Schichtmeister der Grube Frankenhölz — der die Kassenkasse des Vereins führt — ständig anwesend sei, um seinen „Gent“ mit dazu zu geben. In der Beschlacht sei deshalb die Meinung verbreitet, man müsse auf dem Breitenfelderhof wohnen, um die Knappschafpension zu erhalten. Diese Annahme ist zweifellos falsch, aber was der Schichtmeister bei einer rein wissenschaftlich medizinischen Untersuchung zu tun hat, das ist auch uns ein Rätsel und wundert wir uns durchaus nicht, wenn die Vergleute in dem Schichtmeister den Oberarzt oder gar den eigentlichen Arzt erblicken, von dessen Urteil es abhängt, ob sie die Pension erhalten oder nicht. Der Knappschafsvorstand sollte den Herrn Schichtmeister in die Schranken seiner Befugnisse verweisen, um die berechtigten Klagen der Vergleute zu befriedigen.

Ganz ungläubliche Zustände im Knappschafszaretz Frankenhölz kamen in der Versammlung in Waldmohr zur Sprache, die wir mit aller Reserve wiedergeben, da wir die Richtigkeit der Angaben nicht nachprüfen konnten. Ein Bergmann habe durch einen Unfall sieben Wochen im Knappschafszaretz Frankenhölz gelegen, ohne daß der Arzt seine Wunde auch nur einmal angesehen habe! Bei seiner Entlassung habe der Arzt gesagt: „Die Wunde ist ja schon geheilt; nachteilige Folgen haben Sie nicht!“ Ein anderer klagte, daß er vier Wochen im Knappschafszaretz zu Frankenhölz mit dem „Wurm“ an einem Finger gelegen habe, ohne daß während dieser Zeit der „Vertrauensarzt“ seinen Finger angesehen habe! Ein anderer hat acht Tage im Szaretz gelegen, ohne von einem Arzt untersucht worden zu sein, und als dann der Arzt kam, verfuhr er ihn ein Schwereisenbad und schrieb auf den Krankenchein den Vermerk: „Der Mann ist ein Faulenzer“. Ein anderer Bergmann, dem in der Grube ein Stein auf einen Fuß gefallen war, wurde ins Szaretz geschafft und erhielt vom „Vertrauensarzt“, ohne daß ihn dieser untersuchte, eine Arznei verschrieben, von der er alle drei Stunden einen Teelöffel voll einnehmen mußte! Eine Salbe für den gequältesten Fuß verschrieb der Arzt nicht! Ein anderer hatte auf der Fahrt nach Kaiserfeld einen Arm gebrochen und als er nach seinem Knappschafszaretz kam, verweigerte dieser die Behandlung überhaupt!
 Die Klagen nehmen kein Ende und sehen die Vergleute nur in der freien Vergewalt, wie sie vom Bergarbeiterverband seit Jahren gefordert wird, die Möglichkeit, diesem traurigen Zustand abzuhelfen. Beide Versammlungen nahmen einstimmig folgende Resolution an und beauftragten die Bureaus der Versammlungen, dieselbe dem Knappschafsvorstand zu stellen:
 „Die heutige Versammlung fordert vom Knappschafsvorstand des Knappschafvereins Frankenhölz, daß er bis spätestens 1. Januar 1910 die freie Arztwahl für seine Mitglieder einführt, und zwar so, daß jedes krankferende Mitglied das Recht erhält, in einem Umkreis von 10 Kilometern von seinem Wohnort ab sich nach freiem Ermessen einen Arzt zu wählen. In allen solchen Fällen, wo die Behandlung durch einen Spezialarzt erforderlich ist, muß dem Mitgliede nach vorheriger Untersuchung durch einen näher wohnenden, ebenfalls frei zu wählenden Arzt, das Recht eingeräumt werden, sich dem Spezialarzt wählen zu dürfen und hat in solchen Fällen der Knappschafverein die erforderlichen Wagen- und Fahrkosten zu tragen.“

Weiter beschlossen die Versammlungen, die Verbandskollegen sollten den Landtag eine Eingabe richten um Veränderung des Titels 7 des bayerischen Vorgegesetzes unter Verhinderung der berechtigten Forderungen der Knappschafmitglieber.

Lohnbewegungen und Streiks.

Wieder ein Erfolg des Bergarbeiterverbandes.

Im Jahre 1906 ist durch einen hartnäckigen Kampf zwischen den Braunkohlenarbeitern und den Grubenbesitzern im Zeiger-Revier letzteren die neunstündige Schicht anstatt der zehn- und elfstündigen abgerungen worden. Jetzt glauben die Herren die gegenwärtige Konjunktur auszunützen zu müssen, um die verlorene Position wiederzugewinnen. Den Anfang damit wollte die Bruderzucht in Heuredorf bei Wintersdorf machen. Die Verwaltung dieser Zeche verfuhr durch Anschlag, daß ab 19. August die zehnstündige Schicht wieder eingeführt würde. Sie hatte aber die Rechnung ohne die gut organisierte Belegschaft gemacht, welche erklärte, die beachtete Schichtverlängerung unter keinen Umständen hinnehmen zu wollen. Von der 60 Mann starken Belegschaft gehörten nur vier unserem Verbande nicht an. Als Vorstellungen bei dem Besitzer nichts fruchteten, nahm eine Belegschaftsversammlung Stellung zu der Sache, in dieser war auch der Besitzer erschienen. Die Belegschaft war entschlossen, falls der Anschlag nicht zurückgezogen würde, sofort die Kündigung einzureichen. Das half. Der Besitzer erklärte, von der geplanten Schichtverlängerung einstellenden Abstand zu nehmen. Interessant war die Erklärung des Besitzers, daß andere Gruben auch eine Schichtverlängerung geplant hätten. Wir werden ja sehen, ob sie jetzt kurieren sind. Sollten die Versuche, die Schichtzeit zu verlängern, wiederholt werden, so dürfen sich die Herren aber darauf gefaßt machen, daß die Arbeiter dem den äußersten Widerstand entgegenzusetzen werden. Die Herren glauben, auf einer Grube nach der anderen die Schichtverlängerung einführen zu können, das wird ihnen aber nicht gelingen. Erst kürzlich wurde auf der Grube Heuredorf die geplante Schichtverlängerung durch die Eingabe der Belegschaft abgewehrt, jetzt wollte es die Bruderzucht damit versuchen, hat aber auch kein Glück damit gehabt. Wären die Bergarbeiter in allen Revieren so gut organisiert, dann stände es um die Bergarbeiter besser. Mögen die Kameraden in anderen Revieren hieraus lernen und sich samt und sonderb einer Organisation, unserem Verbande, anschließen, dann wird die Macht der Grubenbesitzer bald zu Ende sein.

Eine Eingabe an den Bergbauischen Verein für den Oberbergamtsbezirk Dortmund.

hat der Gewerkschaften christlicher Bergarbeiter gerichtet. In dieser Eingabe werden dem Verein Vorschläge unterbreitet, wie der Entlassung von Arbeitern vorgebeugt werden kann, ebenso wie man Feiertagen vermeidet. Es wird verlangt, möglichst viele Vorarbeiten in der Grube, so lange die Kräfte währen, vorzunehmen, wie auch den stärkeren Abbau der wenig ergiebigen Flöze anzubahnen. Mit anderen Worten, das, was die Grubenbesitzer in der Zeit der Krisen gewöhnlich freiwillig vornehmen, soll ausgedehnt werden.
 Die Eingabe des Gewerkschaften charakterisiert sich dadurch, daß sie zur Begründung der Eingabe eine längere Aufzählung der bisherigen Werksunfälle enthält, wenigstens einschlägig.
 Der Eingabe vorgearbeitet hat der Gewerkschaften in seinem letzten Jahresbericht ja durch den Lokalsynodus auf die Politik des Rheinisch-Westfälischen Kohlen-Syndikats. Die Werkspresse jubelte auf über Anerkennung, die der Gewerkschaften dem Syndikat zuteil werden ließ. Nun entschuldigend der Gewerkschaften die Syndikalisten noch einmal, jedenfalls weil er auf eine gnädige Antwort hofft.
 Warum hätte der Gewerkschaften gehabt, daß er in seiner Eingabe, wenn er absolut eine solche an den Verein richten wollte, den Fort-

geführten Lohnreduktionen im Bergbau entgegengetreten wäre. Das hat er nicht getan, sicher aus Angst, daß der bergbauische Verein dem christlichen Gewerkschaften die Löhne Franz Wehrens bei den Steuerbewilligungen vorhalten könnte. Es ist nämlich sehr kurios, Forderungen zur Verbesserung der Bergarbeiterlage zu stellen, wenn Beamte des christlichen Gewerkschaften die Lebenslage durch Bewilligung von Konsumsteuern herabdrücken helfen!

Darum behält man sich lieber auf das Gebiet der Spiegelglotze. Und nichts anderes ist mit der Eingabe bezweckt. Jedes Kind sollte wissen, daß für die Bergarbeiter erst dann etwas erreicht werden kann, wenn alle Bergarbeiter geschlossen und einig hinter ihre Forderungen stehen. Dem aber hat der Gewerkschaften vorgebeugt durch seine Bersplitterungstaktik, ganz besonders in den letzten Monaten.

Reichem seine Beamten für die Vollausplünderung ins Zeug legen, nachdem er die Steuerkommission sprengte, hat der Gewerkschaften jedes Recht verloren, im Namen der Bergarbeiter Forderung der Bergarbeiterverhältnisse zu fordern. Tut er es dennoch, dann will er nur seinen Mitgliedsen Sand in die Augen streuen. Die Eingabe entspricht der Politik von Heuchlern!

Letzte Nachrichten.
Der Miesentampf in Schweden.

Ist noch nicht beendet. Wie es den Anschein hat, wird er auch im Laufe dieser Woche ungeschwächt weiter geführt werden. Am 8. August, dem 6. Streiktag, wurden 285782 Streikende gezählt; am 18. August, also am 16. Streiktag, 284418 Streikende. Zwischen haben die christlich-geübten Arbeiterorganisationen ihre Mitglieder aufgefordert zum Streikbruch. Da diese Organisation aber nur über ein paar tausend Mitglieder verfügt und nicht einmal diese der Streikbruchsparole folgen werden, so ist diese Aufforderung wenig von Belang. Der Montag, der 23. August, wird über die Fortsetzung des Miesentampfes von großer Bedeutung sein, mehrere sich doch die Stimmen in Arbeiter- und Regierungskreisen, die eine Vermittlung zwischen den kämpfenden Parteien versuchen.

Ueber die Unterstützungsfaktion der deutschen Arbeiter gibt der Anführer der Generalkommission, Hermann Kube, folgende Mitteilungen:

Für den allgemeinen Zustand in Schweden gingen bei der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands bis Sonnabend, den 21. August, einschließlich, insgesamt 433 053,60 Ml. ein. Davon sandten ein: Die Verbände der Zentralverbände 192 050 Ml., Ortsverwaltungen der Zentralverbände 15 482,82 Ml., Gewerkschaftsartikel 185 730,50 Ml., Parteiorganisationen 85 859,87 Ml., Ausland 2181,87 Ml., sonstige Sammlungen 1749,24 Ml. Der gewerkschaftlichen Landeszentrale in Stockholm wurden bisher in drei Raten 80 000 Ml. überwiesen. Die folgende Rate wird in den nächsten Tagen abgehandelt werden. Ueber die Beiträge im einzelnen quittiert das „Correspondenzblatt der Generalkommission“ laufend.
 Große Opfer bringen auch die dänischen und norwegischen Arbeiter.

Briefkasten.

In letzter Zeit kommen uns vielfach Klagen über körperliche Mißhandlungen der Arbeiter durch die Steiger. Wir haben davon keine Notiz genommen, weil es sich um Mißhandlung erwachsener Personen handelte. Beamte, die Arbeiter mißhandeln, verdienen, daß man sie mit der Wetterlampe zwischen die Hörner schlägt. Das gebietet Notwehr und die Menschewürde. Nur mit Scham und Zorn lesen wir die Klagen über solche Mißhandlungen. Den Beamten passiert ja gewöhnlich nichts und da ist Selbsthilfe am Platze, wenn man nicht anders kann. Wir werden nur dann von solchen Mißhandlungen Notiz nehmen, wenn es sich um Leute handelt, die sich nicht wehren können. Erwachsene Personen sollten sich schämen, die Presse in Anspruch zu nehmen, wenn sie Prügel erhalten haben. Entweder sie haben den Mut, die Mißhandlungen gerichtlich verfolgen zu lassen oder sie nehmen das Recht der Notwehr für sich in Anspruch. Sind denn die Arbeiter Hunde?

R. P. Selbstverständlich haben wir die Rechtfertigungsversuche Franz Wehrens gelesen. Lesefunfer Artikel in heutiger Nummer „Fränkischen Wehrens“. Das ist die Antwort auf das Beschreiben dieses politischen Seil- und Solotanzers. Ob er sich unser Autowort hinter den Spiegel stecken wird? Im übrigen sind wir ganz Deiner Meinung. Die christliche Bergarbeiterschaft ist um solche Führung wirklich nicht zu beneiden.

Z. B., Spittel. Die Reichs-Invalidentasse verborgt wohl Geld, aber verschent es nicht für Denkmalszwecke.

M. M., Preußisch. Hast Du Lust, auf Steinkohlenbergwerken Arbeit anzunehmen?

W. S. 200. 1. Selbstverständlich müssen Angestellte jedes Geschäft angemeldet werden. 2. Bei der Krankentasse. 3. Die Meberei richtet sich gefällig nach dem Verdienst.

Z. W. Das Vermögen der Bochumer Knappschafkasse betrug Ende 1908 180 786 640,21 Ml. Im genannten Jahr stieg das Vermögen um 24 774 195,74 Ml.

Verbandsnachrichten.

Dem Zeitungspaket für diese Woche liegt ein rotes Kuvert bei. Die Zeitungsboten werden ersucht, dasselbe sofort an den Vertrauensmann abzugeben.

Für die Zahlstellen in den Außenrevieren liegt dem Zeitungspaket für diese Woche das Protokoll von der Eisenacher Generalversammlung bei. Sollten irtümlichweise Zahlstellen überschrieben werden, dann ersuchen wir die Vertrauensleute, dieses sofort zu melden, damit dieselben nachgeliefert werden.

Achtung!
 Von mehreren Vertrauensleuten wird uns mitgeteilt, daß Polizeibeamte zu ihnen gekommen seien und Auskunft über die Zahl der Mitglieder in den betr. Zahlstellen verlangt hätten.
 Wir ersuchen unsere Ortsverwaltungen, in keinem Falle derartige Auskunft zu erteilen. Die Polizei mag sich um Sachen kümmern, die sie angehen, aber nicht um unsere Mitglieder.

Das Mitglied Albert Wielawski, Verbandsnummer 70 095, ist wegen Schädigung des Verbandes ausgeschlossen.

Bei Revisionierung der Kassenbelege ist es in letzter Zeit aufgefallen, daß sich einige Ortsverwaltungen bei Anzahlung der Gemahregelten Unterstützung nicht strikte nach den Bestimmungen des § 15 Absatz 1 des Statuts richten. Es heißt im Schlußabsatz dieses Absatzes ausdrücklich: „daß die Mitglieder am Orte unter Anziehung des Bezirksleiters zu untersuchen haben, ob tatsächlich Maßregelung vorliegt. Der Vorstand beschließt endgültig.“
 Wir ersuchen unsere Ortsverwaltungen, genau nach diesen Bestimmungen zu handeln, andernfalls werden die Belege beanstandet und den fraglichen Zahlstellen zurückgeschickt. Der Vorstand.

Achtung! Bezirk Schlinghofen.

Am Sonntag, den 29. August, morgens 9 Uhr, findet im ganzen Bezirk eine Agitationstour statt. Alle Kameraden wollen sich pünktlich zu dieser Zeit bei ihrer Ortsverwaltung melden, damit die Kameraden, die uns noch fern liegen, herangeholt werden.
 H. E. K. Hausmann, Bezirksleiter.

Bezirk Reuthen, Kattowitz, Zabrze.

Den Verbandskameraden der drei hier genannten Bezirke wird hiermit bekannt gemacht, daß die Verbandsbureaus nur an jedem Mittwoch, von 8-12 Uhr vormittags und von 2-7 Uhr nachmittags, geöffnet sind. An Sonntagen werden Besuche nicht erbetigt, da die Bezirksleiter mit Versammlungen und Sitzungen zu tun haben. In Rechtsdrehungen

